

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Rr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Kontaktperson: **Städtische Staatsbank**
Dresden, Markt 1, Arbeiter-Ange-
legenheiten u. Beamten, K.O., Dresden.
Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in den Verhältnissen, sei es durch oder ohne Zutun höherer Gewalt, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Wochenblätter, Kunst“ außerhalb „Satz und Zeit“ monatlich 1,80 M., jährlich 20 M., vierteljährlich 5 M., 3 Monate 1,50 M., 6 Monate 3 M., 9 Monate 4,50 M., 12 Monate 6 M., 18 Monate 9 M., 24 Monate 12 M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25 261, Dresden
Schickadresse: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25 261 u. 13 707,
Wochenausgabe von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anschreibweise: Die 80 mm breite Normzeitung 25 Pf., die 90 mm breite Reflektzeitung 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M., abhängig von der Entfernung laut Tarif, Familienangehörigen, Stellen- u. Mitgliedschaft 20 Pf., netto, für Kleinvertrieb 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 103

Dresden, Dienstag, den 3. Mai 1932

43. Jahrgang

Wollen Nazis regieren?

D. Wollen die Nazis allen Ernstes regieren oder nicht? Wir behaupten, sie tun nur so, als ob sie aus dem Ergebnis des 24. April die Konsequenzen ziehen wollen. Das Berliner Nazi-Blatt liefert dafür den besten Beweis. Es schreibt in seiner Montagnummer:

Die Nationalsozialisten müssen den selbstverständlichen Standpunkt vertreten, daß sie sich an einer Regierungscoalition in Preußen nur unter der Voraussetzung beteiligen, daß ihnen die Macht mittel des Staates in die Hand gegeben werden. Die Nationalsozialisten können eine Regierungsübernahme in Preußen ferner nur dann verantworten, wenn die Gewähr dafür vorhanden ist, daß ihnen vom Reich her nicht die Macht in Preußen aus der Hand geschlagen wird. Deshalb muß auch im Reich eine Regelung der Dinge eintreten, bei der Nationalsozialisten den entscheidenden Einfluß gewinnen. Gegenüber dieser Forderung und einzig möglichen Stellungnahme der Nationalsozialisten gibt es keine Deuterei und keine Konzessionen.

Wer sich als Minderheit, ohne jede Rücksichtnahme auf die „zur Machtergreifung“ erforderlichen anderen parlamentarischen Gruppen, so großmütig benimmt, kann nicht ernsthaft auf die Übernahme der Mitverantwortung reflektieren. Tatsächlich läuft die Politik der Nazis darauf hinaus, bei ihren Anhängern den Eindruck zu erwecken, als ob sie „mitregieren“ wollen. In Wirklichkeit aber wissen sie, daß sie angesichts der Weltwirtschaftskrise die wirtschaftliche Lage Deutschlands weder ändern noch bessern können, und deshalb tun sie bereits jetzt alles, um ihre Mitverantwortung durch unannehmbare Forderungen auszuweichen.

Entspricht die Stellungnahme des Berliner Nazi-Blattes der Auffassung der Nazi-Parteileitung, dann dürften die nach Pfingsten zu erwartenden Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazi nur von kurzer Dauer sein.

Sozialdemokratischer Wahlsieg

W. Braunlage, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Einen großen Wahlsieg errang die Sozialdemokratie bei der Bürgermeistereiwahl in dem Kurort Braunlage. Der bisherige sozialdemokratische Bürgermeister Rudolf Kießig legte trotz starker Opposition der Nazis mit einem Vorsprung von 130 Stimmen über den nationalsozialistischen Gegenkandidaten, dem in Salzwedel hauptamtlichen Stadtschreiber Walter Weig, diesen Sieg im Amt zu bedeuten, als für den Kandidaten auch der braunschweigische Ministerpräsident Dr. Rüdenhals in öffentlicher Versammlung geworben hatte.

Unsere Partei steigerte ihre Stimmen von 1000 auf 1200, während die Nazis gegenüber der Präsidentschaftswahl um die gleiche Stimmenzahl zurückgingen. Ein SPD-Splitterkandidat vermochte dem großen Erfolg unserer Partei keinen Abbruch zu tun.

Häuslicher Streit

Über die Frage der Regierungsbeteiligung ist zwischen nationalsozialistischen und Eugenberg-Wählern ein Streit ausgebrochen.



„Daher!!!“
„Daher!!!“

Unsere Erfolge in Frankreich

Die Stimmengewinne der Sozialisten

P. Paris, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Paris-Extrakt hat errechnet, daß die verschiedenen Parteien beim ersten Wahlgang folgende Mandate gewonnen oder verloren haben:

Partei	Gewinn	Verlust
Sozialisten	4	2
Radikale	8	0
Republikanische Föderation	1	6
Unabhängige Republikaner	3	1
Linkerepublikaner	4	8
Katholische Demokraten	1	0
Unabhängige Radikale	3	0
Sozialistische Republikaner	2	1
Kommunisten und sog. Kommunisten	0	2

Wenn man die Parteien auf die gegenwärtige Mehrheit und Opposition verteilt, dann ergibt sich für die Regierungsmehrheit ein Verlust von drei Mandaten, für die Opposition ein Gewinn von neun Mandaten. Es handelt sich nun darum, diesen Gewinn und die Erfolgsmehrheit bei der Stichwahl dadurch zu sichern, daß die Linksparteien gegenseitig „republikanische Disziplin“ anwenden und gemeinsam für den Linkskandidaten stimmen, der am meisten Aussicht auf Erfolg hat. Dafür, daß dies von den Radikalen und Sozialisten geschehen wird, liegen bereits Versicherungen vor.

Sozialistische Zunahme um 250 000

P. Paris, 2. Mai. (Eig. Drahtber.) Außer den 606 gemeldeten Wahlergebnissen sind inzwischen vier weitere aus den Kolonien bekannt geworden. In Martinique haben die Sozialisten das Mandat, das bisher der Abgeordnete Professor innehatte, behauptet. Professor ist jetzt Abgeordneter in Lagouanère. Es fehlen jetzt nur noch die beiden Wahlkreise von der Kolonie Guadeloupe. Bisher sind 252 Abgeordnete gewählt, während in 357 Wahlkreisen Stichwahlen entscheiden müssen.

In Frankreich und in Algerien haben nach einer Statistik des Exzeitor rund 9 1/2 Millionen Wähler abgestimmt und rund 1,9 Millionen sich der Stimme enthalten. Von den 9 1/2 Millionen Wählern haben 1 950 000 für die sozialistischen Kandidaten gestimmt, während 1928 1,7 Millionen sozialistischer Wähler gewählt wurden. Die Sozialisten haben also 250 000 Stimmen gewonnen. Die Kommunisten haben dagegen rund 350 000 Stimmen verloren, was bei ihrer winzigen Partei einer Katastrophe gleichkommt.

Schleicherei um Brüning

Brüning-Groener stehen den Rechtsradikalen im Wege

Intrigen gegen die Regierung Brüning sind längst keine Seitenhiebe mehr. Es überrascht deshalb nicht, wenn jetzt angesichts des bevorstehenden Zusammentritts des Reichstages wieder einmal derartige Intrigen gemeldet werden, und zwar diesmal aus Bayern.

Der Herd dieser Schleicherei ist nach einer Meldung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz wieder im Reichswehrministerium zu suchen. Ihre Urheber sollen die Generale Hammerstein und Schleicher sein. Ihr Ziel ist angeblich der Sturz von Brüning und Groener zum Zwecke der Bildung einer sogenannten „Präsidentenregierung“ mit General Schleicher an der Spitze. Die genannte Korrespondenz schreibt u. a.:

„Das Spiel der politischen Generale, hinter dem leider wieder auch einmal Persönlichkeiten der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten wie Staatssekretär Weizsäcker zu stehen scheinen, geht in seiner Planmäßigkeit weit über den Sturz Groeners, mit dessen Sturz man unzufrieden ist, hinaus. Unter Hinweis auf den Ausgang der Preußenwahlen verlangt man in den genannten Kreisen eine radikale Umbildung der Reichsregierung an Haupt und Gliedern. General Schleicher selbst ist der Reichslangierkandidat dieses Kamarilla-Spiels, dessen bisherige schon recht eigenartige Regierungen zu Hitler, Kriem und Kautzsch nur das gemacht werden sollen, und zwar durch Übernahme nationalsozialistischer Persönlichkeiten in das neue Kabinett.“

Dem gesunden und ehrlichen politischen Sinn unserer bayerischen Bevölkerung bietet es daher ein Schauspiel der Hinterstapelnpolitik dar, daß nur Wägen und Kopfstiele herbeigeholt werden.“

Daß die genannten Leute das alles als hohles Gerede betrachten würden, war vorauszuversagen, und so wird denn von Berlin aus folgende Antwort an die bayerische Intrigue

Linksrud und Stichwahltaktik

Die genauen Ergebnisse der Hauptwahl haben den Linksrud bestätigt, den die französischen Wähler am Sonntag vollzogen haben. Die Sozialisten haben auf Anhieb 40 Mandate errungen, während sie 1928 bei den Hauptwahlen nur 14 sicherten. Bei den bürgerlichen Radikalen sind die Zahlen ähnlich, ebenso bei den kleineren Linksrudgruppen. Umgekehrt haben die Rechtsparteien und alle Gruppen, die hinter Lardieu stehen, nur etwa 110 Mandate auf Anhieb sichern können gegen mehr als 125 bei den letzten Wahlen.

Aber das ist nicht einmal das Entscheidende. Ausschlaggebend sind die Stimmengahlen der einzelnen Kandidaten in jenen Kreisen, in denen eine Stichwahl notwendig ist. Vor vier Jahren haben die Stichwahlen das Bild zugunsten der Linken, insbesondere der Sozialisten, wesentlich verschoben, ohne jedoch die knappe Rechtsmehrheit verhindern zu können, die vier Jahre lang zum Leidwesen Europas am Ruder blieb. Diesmal erscheint die Position der linken Parteien für die Stichwahl noch günstiger als 1928. Sie ist schon deshalb günstiger, weil die Kommunisten überall vorzuziehen haben, sogar in ihren bisherigen Hochburgen. Die Pariser Rechtspresse versucht, diese Tatsache als Trost für ihre Anhänger zu buchen. In Wirklichkeit kommt sie ausschließlich den Linksparteien, vor allem den Sozialisten, zugute. Darüber ist sich die Reaktion nicht im geringsten im Zweifel, denn sie weiß am besten, daß sie ihre geringe Mehrheit von 1928 lediglich den Selbstdiensten verdankt, die ihnen Rostau leistete, indem es anordnete, daß alle kommunistischen Kandidaturen im zweiten Wahlgang außer Acht gelassen blieben. Auch wenn jetzt an die Kommunisten die gleiche Parole ausgegeben wird wie ehemals, so wird sie sich nicht mehr so verheerend für die Linke auswirken können, weil die Sozialisten oder die Radikalen die kommunistischen Stimmen nicht mehr brauchen, um am kommenden Sonntag die Reaktion zu besiegen. Freilich würde sich die Niederlage der Rechten noch viel verhängender gestalten, wenn die französischen Kommunisten endlich erkennen würden, daß der Hauptfeind rechts steht und nicht bei den Nachbarteilen.

Die Mittelpartei der sogenannten Radikalen Linken, deren früherer Führer der verstorbene Abgeordnete Loubet war, gab vor vier Jahren den Ausschlag zugunsten der Rechten. Wenn sie aber sieht, daß das Pendel nach links aus-

„In einzelnen bayerischen Wählern sind Gerüchte verbreitet, wonach aus Kreisen der Reichswehr und unter Mitwirkung anderer politischer Persönlichkeiten der Sturz des Reichswehr- und Reichsinnenministers betrieben und auf eine radikale Umbildung der Reichsregierung hingewirkt würde. Dazu ist festzustellen, daß es sich hierbei um haltlose Kombinationen handelt. Die in der Öffentlichkeit genannten Personen stellen ausdrücklich fest, daß diese Behauptungen erfunden sind und jeglicher tatsächlichen Begründung entbehren.“

Aber selbst die deutschsprachige Berliner Reichsaussage gibt zu, daß „gewisse Bestrebungen im Gange sind, eine Umbildung der Reichsregierung zu versuchen“. Dem Sozial. Pressedienst wird zu dem Spiel von unterrichteter Seite geschrieben:

„Die Veröffentlichung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz stellt eine Warnung an gewisse Kreise in der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten dar, die sich schon seit einiger Zeit mit dem Plan einer Schleicher-Regierung beschäftigen. Diese Kreise, zu denen wohl auch Oldenburg-Januschew gehört, sind politisch zwar ernstzunehmend, doch stützen sie sich keineswegs auf einen parlamentarischen Rückhalt im Reichstag. In München wurde man auf diese Bestrebungen dadurch aufmerksam, daß versucht wurde, gewisse Persönlichkeiten der bayerischen Politik für den Plan zu gewinnen.“

Im übrigen ist eine zweite Auslassung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz zur gleichen Sache zu erwähnen.

Jedenfalls ist es sicher, daß hinter den Kulissen gegen die Regierung Brüning und Groener geschoben wird und daß davon nicht nur Brüning, sondern auch Groener nicht unberührt bleibt.

geschlagen hat, wird sie im künftigen Parlament bestrebt sein, die Linkskolalition zu verstärken. Aber selbst wenn sie geschlossen weiter zu Lardieu hielte, würde sie ihm nicht mehr zur Mehrheit verhelfen können. Schon jetzt läßt sich sagen, daß Lardieus Mehrheit verlorengehen wird.

Es kommt jetzt in der Hauptsache darauf an, daß die Linksparteien am nächsten Sonntag loyal zusammengehen, daß also der Kandidat der Linken, der am 1. Mai am besten abgeschnitten hat, alle Linkstimmen am 8. Mai erhält. Die Führer der beiden großen Linksparteien, der Sozialisten und der Radikalen, haben ihren Willen deutlich kundgegeben, die so oft bewährte republikanische Disziplin auch diesmal wieder zu üben. Die Wählermassen werden dieser Parole gewiss fast überall folgen, so daß bei den meisten Stichwahlen ein Vertreter der Linken den Sieg davontragen wird.

Es ist übrigens bezeichnend und erfreulich, daß eine ganze Anzahl führender Sozialisten und Radikale, die vor vier Jahren entweder nur mit großer Mühe bei der Stichwahl ein Mandat erhielten oder zunächst unterlegen waren, diesmal gleich im ersten Wahlgang gewählt wurden. Mit Ausnahme von Paul Faure, über dessen erwartetes Mißgeschick bereits berichtet wurde, sind fast alle bekannten sozialistischen Führer wiedergewählt — auch solche, deren Mandate als höchst gefährdet galten — oder sie stehen am kommenden Sonntag vor einem sicheren Sieg. Das gleiche gilt für die meisten prominenten Abgeordneten der Radikalen Partei. In den Industriebezirken ist der Sozialismus wieder oben auf, der Kommunismus hat entweder völlig abgewirtschaftet oder stark an Einfluß verloren.

Erst nach dem nächsten Sonntag wird man das französische Wahlschlachtfeld klar überblicken können. Aber schon jetzt läßt sich die Niederlage der Reaktion erkennen. Das französische Volk, das unter der Wirtschaftskrise ebenfalls in steigendem Maße zu leiden hat, hat sich weder faktisch noch kommunistisch aufheben lassen. Es hat sich auch nicht durch das Beispiel des Revolutionskrieges, das die Nationalisten auf Grund des Anschlusses der Nazis in Deutschland an die Wand malten, irreführen lassen. Es hat seinen Willen zur Demokratie und zur Völkerverständigung trotz Lardieu und trotz Hitler klar zum Ausdruck gebracht. Die Wähler, die am 8. Mai ein zweites Mal zur Urne schreiten müssen, werden dann vollenden, was am 1. Mai so erfolgversprechend eingeleitet worden ist.

Japanes Gewalt über die Mandchurei

T. Genf, 2. Mai. (Fig. Draht.)

Der erste Bericht der vom Völkerbundrat auf seiner Pariser Tagung im Dezember eingeleiteten Untersuchungskommission über die Mandchurei ist am Montag in Genf eingetroffen. Der Bericht enthält nur Feststellungen von Tatsachen. Er bietet gerade dadurch ein Bild der vollkommenen Zerstörung aller Ordnung und eines brennenden Kriegszustandes in der Mandchurei.

Die japanischen regulären Truppen in der Mandchurei sind in den letzten Monaten von 10.000 Mann auf 22.400 Mann gesteigert worden. Außerdem unterhält Japan in der Mandchurei eine sogenannte mandchurische Armee, die von japanischen Offizieren, Referenten und Unteroffizieren befehligt wird. Sie umfaßt 88.000 Mann, deren Gros an der ostchinesischen Bahn konzentriert ist. Ferner werden 119.000 Mann japanische Polizei unterhalten, die in letzter Zeit stark reorganisiert und militarisiert worden ist. Die chinesischen Truppen in der Mandchurei bestanden vor dem 18. September aus 140.000 Mann. Davon sind inzwischen 80.000 Mann zur mandchurischen Armee übergegangen, 80.000 stehen gegen die Japaner bei Nanking und 20.000 bilden antijapanische Freischützerorganisationen. Zwischen diesen Freischützern und den mandchurischen Truppen kommt es nach dem Bericht häufig zu Zusammenstößen und Gefechten, wie überhaupt der Krieg als Dauerzustand in der Mandchurei herrscht.

In dem Bericht wird ferner festgestellt, daß die chinesische Regierung nach dem Vorgehen der Japaner keine Autorität mehr in der Mandchurei habe und für nichts verantwortlich gemacht werden könne. Japan behauptet, daß die Sicherheit und die Garantie für seine Untertanen nur durch die Reorganisation der mandchurischen Verhältnisse durch japanische Gewaltung möglich sei.

Der Bericht schließt mit der Bemerkung, daß über die Möglichkeit der Herstellung des Friedens und der Räumung ein weiterer Schlußbericht notwendig sei.

Die undankbaren Banken

Was kostet dem Reich die Sanierung?

Im Haushaltsauschuß des Reichstages erstattete am Montag Abgeordneter Dr. Silberding Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses für die Bankenfragen. Der Unterausschuß hat seine Aufgabe darin erblickt, festzustellen, mit welchen Mitteln die Sanierung der Banken erfolgt ist und inwieweit sich das Reich finanziell engagiert hat.

Silberding führte u. a. aus: Aus allgemein wirtschaftlichen Gründen sei ein Eingreifen des Reichs von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten als notwendig anerkannt worden. Die Übernahme der Verantwortung für die Dresdner Bank vom Reich durch Übernahme von 300 Millionen Reichsmark Sachanlagen habe der Unterausschuß als gegebenes Faktum hingenommen. Ein privatwirtschaftliches Arbeiten der Großbanken gebe es in volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht. Praktisch stehe immer die Reichsgarantie hinter einer Großbank und müsse in einer Krisenzeit effektiv werden. Ähnliche Vorgänge habe man in unserer Zeit in Italien und in Schweden erlebt. Wegen der Fusion der Danabank mit der Dresdner Bank seien lange Zeit große Schwierigkeiten vorhanden gewesen. Doch trotzdem eine Sanierung zustande gekommen sei, habe in volkswirtschaftlicher Hinsicht Interesse gelegen. Die Reichsbank habe sich bereit erklärt, aus ihrem Gewinn 300 Millionen Reichsmark zu geben, damit Beteiligungen an Banken erworben werden könnten.

Der Gesamtaufwand des Reichs für die Bankensanierung

belaufe sich auf 1115717000 Reichsmark. Davon entfielen auf Ausgaben für Aktienkauf 888507000 Reichsmark, zurückgegebene Darlehen 207140000 Reichsmark, verlorene Zuschüsse 185000000 Reichsmark, Rückstellungen 285070000 Reichsmark. Die Opfer, die das Reich gebracht habe, seien außerordentlich groß. Den Aktionären habe das Reich ein Drittel ihres Eigentums gestiftet. Diese große Sanierungsaktion habe in der Folge nicht immer Dankbarkeit und Anerkennung bei den Banken gefunden. Als die

Die Invalidenversicherung in Gefahr

Nach dem Anwachsen der Nationalsozialisten in Preußen steht zu erwarten, daß der Generalangriff der vereinigten Unternehmerreaktion auf die Invalidenversicherung zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht wird. Das ist um so mehr anzunehmen, weil auch in den Kreisen des Reichsarbeitsministeriums Stimmen laut werden, welche von einer Reform der Invalidenversicherung auf dem Wege des Abbaues der Renten sprechen. Nicht genug damit, daß die 4. Novemberverordnung vom 8. Dezember 1931 schon große Härten zu Lasten der Invalidenzentren bezieht, soweit diese im Besitze von Doppelleistungen waren, nein, es sollen insgeheim die zum Teil niedrigen Renten noch erheblich gekürzt werden. Manche Kreise denken an eine Senkung der Leistungen um 25 Prozent, weil die Mehrausgaben der Versicherung damit aufgehoben werden könnten. Es soll zweifellos die große wirtschaftliche Notlage, welche einen starken Rückgang der Beitragseinnahmen im Gefolge hatte, zu einem Erpressungsversuch an der Invalidenversicherung benutzt werden. Was hier auf dem Spiele steht, soll in wenigen Zeilen gezeigt werden. Es dürfte zur Zeit etwa 18 Millionen gegen Invalidität versicherte Personen geben. Fast 5 Millionen Versicherte können jetzt ihrer Beitragspflicht nicht oder nur mangelhaft genügen. Wenn daher die Einnahmen geradezu erschreckend abnehmen, während sich die Ausgaben dauernd steigern, dann ist es kein Wunder, wenn das Loch im Haushalt der Landesversicherungsanstalten immer größer wird. Im Monat Januar 1932 betragen die Einnahmen aus Beiträgen 55.917 Millionen Reichsmark, im Februar, der nur bedingungsweise zum Vergleiche herangezogen werden darf, nur 50.924 Millionen Reichsmark. Die Ausgaben für Rentenleistungen stieg von 96.172 Millionen Reichsmark im Januar auf 96.960 Millionen Reichsmark im Februar. Dazu treten die Verwaltung-, Heilbehandlung- und sonstige Ausgaben. Wenn auch ein großer Teil der Rentenleistungen durch Reichsmittel bezahlt wird, ist doch sicher, daß im Jahre 1932 ein Fehlbetrag von mehr als 250 Millionen Reichsmark ent-

stehen muß, wenn nicht eine wesentliche Abnahme der Arbeitslosigkeit eintritt.

Die Invalidenversicherung wurde vor mehr als 50 Jahren geschaffen, um der ansteigenden Zahl von im Alter ohne Vermittel dastehenden Personen des Arbeiterstandes eine sichere Existenz zu bieten.

Die Leistungen der Invalidenversicherung sind durch den Einfluß der Arbeiterklasse seit der Revolution von 1918 um mehr als das Dreifache im Durchschnitt gestiegen.

Sie betragen in der Vorkriegszeit 13 M., jetzt 39 M. Dieser Durchschnitt verbesserte sich von Jahr zu Jahr, da die sogenannten Ultranten immer mehr wegfallen. Es wird jetzt von den eingezahlten Beiträgen der fünfte Teil zum Rentengrundbetrag von 240 M. jährlich geschlagen, so daß jetzt schon Monatsrenten von 60 M. und mehr gezahlt werden.

Sollen diese großen Erfolge einer augenblicklichen und durch die Reichsgeldhülle zu behobenden Notlage willen zerschlagen werden, damit die soziale Reaktion endlich einen großen Erfolg verbuchen kann? Das darf nicht sein. Alle Kräfte müssen aufgeboten werden, um das zu verhindern. Bislang sind es nur die Invaliden selbst, welche durch ihre starke Organisation, den Zentralverband der Arbeitsinvaliden, den Kampf gegen den geplanten Rentenabbau führen. Wenn die werktätige Bevölkerung mit demselben Nachdruck bei allen Gelegenheiten ihr Recht auf ihre Invalidenversicherung vertritt, dann dürfte es wahrlich nicht schwerfallen, dem Frontalangriff der Unternehmer und ihrer Klopffechter im nationalsozialistischen Lager standzuhalten.

Mögen die zuständigen Stellen der Arbeiterbewegung jetzt den Kampf ernstlich aufnehmen: „Rettet die Invalidenversicherung. Sünde weg von den Rentenleistungen!“

Die SA-Mordkolonne

Der Landarbeiterführer in seiner Wohnung überfallen und „aus Notwehr“ ermordet

S. Opelein, 3. Mai. (Eig. Funk.) Der dem Schwurgericht Opelein zur Zeit der am 16. Februar erfolgte brutale Ueberfall Kreuzburger Nationalsozialisten auf den Landarbeiterfunktionär Basso aus Banzau, Bezirk Kreuzburg, verhandelt. Angeklagt sind fünfzehn aus Kreuzburg und Banzau stammende, überwiegend jugendliche Nationalsozialisten wegen gemeinschaftlich ausgeführter vorsätzlicher Tötung wegen schweren Sachfriedensbruchs und öffentlicher Zusammenrottung.

Mehrere Angeklagte sind vorherbestraft. So der SA-Führer Smrzel dreimal, und zwar das letzte Mal zu 1 1/2 Jahr Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Der Landwirtsgehilfe Rana ist zweimal vorherbestraft. Nach neun Monaten Dienstzeit wurde er aus der Reichswehr ausgeschlossen. Vier Angeklagte haben Vorstrafen wegen Eigentumsverbrechen.

Die Vernehmung des Rassistendels ergibt, daß bei solchen Verhandlungen gewöhnlich die fünfzehn SA-Leute gestehen, daß ihre Anwesenheit in Banzau am 16. Februar zu, streiten aber ab, an der Ermordung Basso beteiligt gewesen zu sein. Die im Gerichtssaal ausgelegten Beweismittel, wie

Bistolen, Patronenhilfen und mehrere zerfahrene Ähren, sprechen jedoch eine allzu deutliche Sprache gegen die Opferkreisverbrecher, die sich jetzt feige herauszureden versuchen und sich dabei gegenseitig beschuldigen.

Die Angeklagten treten außerordentlich frech auf und grinsen. Der Vorsitzende und Sachverständige dreist an. Die Hauptabteilungsleiter, der Gutsinpektor Baumert und der Diener Smrzel, stellen in ihrer Aussage die Behauptung auf, daß

alle fünfzehn SA-Leute „in Notwehr“ gegenüber dem in seiner Wohnung überfallenen Basso gehandelt hätten. Die Banzauer Nationalsozialisten seien seit langem kommunistischer Terror ausgeübt gewesen, und an dem trügerischen Abend habe man die Kreuzburger SA telephonisch um Hilfe angezufen,

nachdem Smrzel von einem Kommunisten gestochen worden sei. Die Kreuzburger SA-Leute seien dann darauf in Banzau eingetroffen und

sofort in die Wohnung des Basso gestürzt.

Die Vorgänge, die sich im Hause Basso abgepielt haben, werden von den Angeklagten sehr widersprüchlich dargestellt. Die Bistolen, erzählt Smrzel, wurden ihnen in der Dunkelheit in die Hand gedrückt. Von wem, will niemand mehr wissen. Der Angeklagte Baumert will gesehen haben, daß ein anderer SA-Mann auf Basso losging. Der Keller Welle, der übrigens als einziger die Erklärung abgab, daß er den Tod Basso bedauere, behauptete, daß einer seiner Komplizen

durch das Fenster auf Basso schoss.

Wehrlich äußerte sich der Angeklagte Rapija. Die Angeklagten Smrzel und Basso legten sich die Mündung an dem Ueberfall ab. Dagegen wurde von Rasmalla, der sich besonders auffällig in Widerspruch verhielt, zugegeben,

daß er mit der Truppenführer Rana auf Basso mehrere Schüsse abgefeuert hätte. Doch sei ebenfalls „aus Notwehr“ geschossen und in der Verwirrung, Basso, der bereits schwer verwundet am Boden lag, würde „auf sie schießen“.

Zum Entsetzen der Sachverständigen wurde der Ermordete von mehreren Augen getroffen. Eine durchschlagende obere Brust, eine andere zerriß das Gehirn, eine dritte drang in den Unterleib und eine vierte verwundete Basso am Arm. Die beiden erkranktesten Verletzten hatten tödliche Wunden. Bis der heimliche Gerichtsüberfallende bekundete, ist einer dieser Schüsse aus allenmächtiger Höhe abgegeben worden.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kunst, führte die Vernehmung der Opferkreisler mit auffallender Rücksichtnahme gegenüber den Angeklagten durch. Allgemeine Bewunderung löste die Tatsache aus, daß der Vorsitzende den Angeklagten erklärte, sie könnten sich bei ihrer Vernehmung auf Paragraph 127 der Strafprozeßordnung beziehen. Die SA-Leute schienen diesen Wind zu verstehen und versuchten sich selbst dem auf „schlüssige Lösung“ herauszuziehen.

Am Dienstag sollen etwa dreißig Zeugen vernommen werden. Das Urteil ist für Mittwoch abend zu erwarten.

Nazispiegel in der Polizei

H. Darmstadt, 3. Mai. (Eig. Funk.) Der hiesige Volkswachtmeister Friedrich Weis wurde seines Amtes enthoben, da er verurteilt wurde, im Auftrag der Darmstädter Polizeileitung Polizeibeamte für den Rastnachrichtenendienst zu gewinnen. Die Amtsenthebung erfolgte ferner, weil Weis im Auftrag der Leitung vertrauliches Material der Polizeibehörden unter dem Bruch des Dienstgeheimnisses an den Rastnachrichtenendienst übergeben hatte. Die gegen die Entlassung eingereichte Berufung hat Weis am Montag in der Berufungsverhandlung zurückgenommen. Er hat damit zugleich die Berechtigung der Entlassung anerkannt.

Der Spitzentrupp der Reaktion

Die Nazis bilden die äußerste Rechte

D. Berlin, 3. Mai. (Eig. Funk.) Im Deutschen Bundtag, wo man zur Zeit bei der Verteilung der Arbeitsämter und der Sitzplätze im Plenum in der Deutschnationalen nach wie vor die Höhe auf der äußersten Rechten, während die Nationalsozialisten die gleiche Forderung stellen. In diesem Kampf, der von den beiden Reichsparteien die radikalste Gruppe bildet, erkennen Sozialdemokraten und Zentrum sowie Kommunisten den Nazis das größte Recht auf diesen Anspruch zu. Die Nationalsozialisten werden also im neuen Bundtag die Höhe auf der äußersten Rechten einnehmen. In Anbetracht der Größe dieser Reaktion ist es kaum zu verwundern, daß in der Mitte

Die Vorderplätze im neuen Bundtag sind ausschließlich den fünf großen Reaktionen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum, Deutschnationale und Nazis zugefallen worden. Die kleineren Gruppen sind hinter geschoben dem Sozialismus untergeordnet.

Dresdner Chronik

Geburt und Grab 1931

WK. Das Reichsgesundheitsamt veröffentlichte eine Uebersicht über die natürliche Bewegung der Bevölkerung in den deutschen Gemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern im Jahre 1931. Erfasst sind 322 Gemeinden mit zusammen 29 Millionen Einwohnern. Auffällig in dem Bericht ist zunächst, daß die Zahl der Eheschließungen und die Zahl der Geburten in Deutschland weiterhin sinkt. Während 1930 auf 1000 Einwohner noch 9,4 Eheschließungen und 13,6 Geburten kamen, fielen 1931 nur noch 8,5 Eheschließungen und 12,3 Geburten auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet gezählt werden. Erfreulicherweise erheblich abgenommen haben die Sterbefolgen der Infektionskrankheiten, wie Typhus, Masern, Scharlach, Keuchhusten und Diphtherie. Auch die Tuberkulose ist weiterhin rückgängig, so daß ein Einfluß der schlechten Wirtschaftslage auf sie sich bisher nicht bemerkbar gemacht hat. Zugunommen haben jedoch weiter die Todesfälle an Krebs. Sie sind innerhalb der in der Uebersicht erfaßten Bevölkerung von rund 38 000 im Jahre 1930 auf rund 40 000 im Jahre 1931 gestiegen oder von 1,31 auf 1,37 je 1000 der Bevölkerung. Ebenfalls gestiegen sind die Sterbefälle an Gehirnschlag, zurückgegangen dagegen die Todesfolgen durch Herzkrankheiten, und zwar um rund 3000 oder von 1,35 auf 1,34 je 1000 der Bevölkerung. Auch bei der Lungentzündung und den Magen- und Darmkrankheiten der Säuglinge sind die Zahlen günstiger geworden.

Drei Monate für üble Nachrede

In einer vor dem Dresdner Gemeinamen Schöffengericht geführten Verhandlung hatte sich der ehemalige Bürgermeister von Hirschmühl, Fritz Schreiter, der der NSD. angehört, wegen öffentlicher Verleumdung des jetzigen Bürgermeisters der genannten Gemeinde, des Genossen Hille, zu verantworten. Die Anklage stützte sich auf den Paragraphen 187 (verleumderische Verleumdung) und auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931, die einen besonderen Ehrenschutz für im öffentlichen Leben stehende Personen vorsteht und die verleumderische Verleumdung (wider besseres Wissen) mit der Mindeststrafe von sechs Monaten, die üble Nachrede mit einer solchen von drei Monaten Gefängnis bedroht. Bürgermeister Hille hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen.

Geschehen war folgendes: In einer am 27. Januar in Hirschmühl veranstalteten, von der Ortsgruppe der NSD. einberufenen öffentlichen Einwohnerversammlung sprach Bürgermeister Hille zu dem Thema: „Was geht in der Gemeinde Hirschmühl vor?“ Wie er jetzt als Zeuge erklärte, sah er sich gezwungen, einer von ihm sonst noch nicht erlebten Verleumdungsfahrt entgegenzutreten und sich der Gemeindefeindschaft gegenüber zu äußern. Besonders zeichnete sich in der Verleumdungskampagne ein hektographiertes Blatt aus, das ausgerechnet den Titel „Wahrheit“ führt und den dafür Verantwortlichen einfach mit „Schreiter, Hirschmühl“, benennt.

In jener Versammlung nun trat Schreiter als Diskussionsredner auf. Indem er sich bei dieser Gelegenheit dagegen zu verhalten suchte, daß er als früherer Bürgermeister selbst in einer Eingabe an die Amtshauptmannschaft die Notwendigkeit einer Mietpreisverhöhung für Wohnungen in Gemeindehäusern anerkannt habe, verteidigte er sich nach einem Zwischenruf, ein Schreiber sei ausgeschlossen, zu der Behauptung: Da wäre also erwiesen, daß ein bewußtes Fälscherstück getrieben worden sei. In Wirklichkeit hat sich inzwischen ergeben, daß Schreiter, was übrigens den Sinn der Eingabe kaum änderte, ihr Original forgiert und statt von Notwendigkeit von Innerlichkeit geschrieben hatte. Er unterließ aber dabei eine gleiche Korrektur in dem zu den Gemeindeakten gehörenden Durchschlag! Daß er dann schlankweg den unerhörten Vorwurf einer Fälschung erdoh, sollte nunmehr nicht wider besseres Wissen geschehen sein. Zwar hatte Schreiter vor der Versammlung wegen der Eingabe bei der Amtshauptmannschaft vorgesprochen, doch sagte er, die Eingabe sei ihm nicht vorgelegt, sondern nur vorgelesen worden, weshalb er die Korrektur nicht bemerkt habe.

Aus der Aussage des Zeugen und Nebenklägers Hille ging hervor, daß seinerzeit in dem erwähnten Blatt zum Mieterkreis aufgefordert wurde und es in der Versammlung auch darauf ankam, die frühere Haltung Schreiters in der Frage der Mietpreisverhöhung aufzuzeigen.

Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß sich eine verleumderische Verleumdung nicht nachweisen lasse, Schreiter sei allerdings vorher an den Bürgermeister selbst habe wenden können. Im übrigen galt üble Nachrede als vorliegend, für die der Ankläger eine höhere als die Mindeststrafe beantragte. Der Gegenpartei des Nebenklägers, so sagte der Staatsanwalt, ist offenbar jedes Mittel recht, ihm das Amt zu erschweren.

Schreiter wurde schließlich wegen übler Nachrede in Verbindung mit einem Vergehen gegen die genannte Verordnung zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil darf auf Antrag des Nebenklägers im Dresdner-Birnauer Tageblatt und in der Dresdner Volkszeitung publiziert werden.

Spaltung in der Hitler-Jugend

Zuschrift abgehaltener Nazijugend an die Dresdner Volkszeitung

Von der Dresdner Hitler-Jugend hat sich vor einigen Monaten eine Gruppe abgespalten. Von dieser Gruppe wird uns geschrieben:

Es wurde die höchste Zeit, daß man die Hitler-Jugend auflöste; sie ist weiter nichts als Staffage für egoistische Parteiziele. Es stinkt in dieser Hitler-Jugend überall, auch in Dresden. Wenn die Nazipresse manchmal von Masseneintritten geschrieben hat, so kann man ebenso heute von Massenausritten berichten. Auch in Dresden hat sich seit langem eine Gruppe abgespalten, weil sie von der Demagogie der NSDAP und der Korruption in ihren Reihen die Nase voll hat. Wir von der Arbeiterjugend haben keine Lust, uns von höheren Schülern kommandieren zu lassen, die sich erst mal den Wind um die Nase blasen lassen sollten, und wenn Leute wegen homöopathischer Verfehlungen belangt worden sind, können wir sie erst recht nicht als Führer anerkennen. Es wäre manches zu erzählen über das Treiben in der Dresdner Hitler-Jugend. Vielleicht tun wir es demnächst einmal. Wenn einige nicht mehr mitmachen wollen, wie es den Parteibonzen paßt, und abgehen, werden sie auf der Straße angepöbeln, natürlich immer von einer Ueberzahl. Eine unserer Ausspracheversammlungen wurde von Hitler-Treuen, die zum Teil mit Knütteln bewaffnet waren, umstellt und bedroht. Und wurde jüngst von dem Gebietsführer Nordwest der Hitler-Jugend, Willi Kaiser, ein Brief geschrieben, der sich scharf gegen die Korruption und den Sumpf in der Nazipartei ausdrückt. In diesem Brief schreibt uns Pg. Kaiser:

„Ich bin aus der NSDAP und aus der Hitler-Jugend ausgestiegen, da ich das Schieber- und Wenzeltum sowie das Soldatenspiel satt habe. Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, daß bei den Nationalsozialisten kein Platz für einen ehrlichen, übermäßig überzeugten Menschen ist.“

Eine ähnliche Erklärung Kaisers wurde auch in nordwestdeutschen Blättern abgedruckt. Der ausgestretete Jugendführer hat lange zu den Führern der Nazipartei in Nordwestdeutschland gehört. Kaisers Demagogie können ihn also nicht von ihren Hochschätzen schütteln. Darum hat sich auch die Hitler-Jugend

Westdeutschlands in ihrer überwiegenden Mehrheit hinter Kaiser gestellt. In einer Erklärung, die von bisherigen führenden Mitgliedern der Hitler-Jugend Westdeutschlands unterzeichnet ist, steht zu lesen:

„Wir erklären uns mit dem bisherigen Führer der nordwestdeutschen Hitler-Jugend, Wilhelm Kaiser, solidarisch. Auch wir erkliden heute in der NSDAP und Hitler-Jugend nicht mehr die Vertölpelung dessen, wofür wir Jahre hindurch gekämpft haben. An die westdeutschen Jungarbeiter richten wir den Appell, sich loszureißen von der verbotenen NSDAP und Hitler-Jugend.“

Die Kölner Hitler-Jugend besetzte das Hitler-Haus und protestierte gegen den neuen Führer, der ihr von der Nazileitung aufgezwungen werden sollte. Sie verweigerten ihm den Zutritt zum Heim. Dies und anderes beweist, daß das System der NSDAP, wirklichen Idealisten keinen Platz mehr läßt zum Wirken. Außerdem werden der Jugend statt wirklicher politischer Durchbildung, statt wirklicher Aufklärung über alle Fragen des politischen Lebens, statt staatsbürgerlicher Bildung nur hochtrabende Phrasen geboten — und von den Führern sehr schlechte Beispiele. Wenn Herr Hitler luxuriös lebt, wenn dann von der Nazipresse das Gegenteil gelogen wird, wenn Herr Goebbels in teuren Autos umherfährt, wenn im Luxushotel Kaiserhof von Hitler und seinem Stab in zehn Tagen 4048 M. verpraßt werden, wenn unter den Ehrenmännern der NSDAP eine Reihe Sittlichkeitsverbrecher und andere „schwere Jungen“ sind, wenn Herr Röhm trotz seinen Briefen weiterhin Stabschef im Braunes Hause sein darf — so sind das für die Jugend sehr schlechte Beispiele. Daß sie ändern daran nichts, die Wähler werden von dieser Partei abgelenkt werden, sobald sie die NSDAP so erkennen, wie wir ehemaligen Hitler-Jungen sie erkannt haben. Daß wir uns abgespalten haben — und nicht etwa nur ein Duzend —, weiß Herr Cuno Meyers Parteileitung, und wir können Arbeiterkindern nur sagen: Laßt euch nicht von dieser Partei der Demagogie, der Lüge und der Programmlosigkeit einfangen! Wir sind hinter den Schwindel gekommen!

Gruppe ehemaliger Dresdner Nazijugend.

„Erfolge“ mit Hindernissen

Ein Mann namens Oskar Schellbach bereift gegenwärtig die deutschen Gasse. Er sucht den Hören seiner Vorträge, den Lesern seiner Zeitungen und Bücher im Schmeiß seines und ihres Angefichts begreiflich zu machen, daß man, um Erfolg zu haben, zunächst einmal Erfolg haben muß. Sehr einfach, nicht? Zu einfach fast für einen Arbeitlosen, der vor lauter Ausgeitempelt sein gar nicht zum Erfolgshaben kommt. Immerhin wäre die ganze Sache noch entschuldbar, wenn der Mann seine bescheidenen Ratsschläge bescheiden vorbrächte. Auf die Frage, wie Angst und Furcht zu beseitigen seien, weiß er z. B. in seiner Zeitung zu antworten, man solle einsehen, daß es amnestisch ist, sich zu fürchten und ängstlich zu sein — das! Im gleichen Blatt empfiehlt eine von ihm inspirierte Frau ihren Mitschwestern, keine Apfelsinenschalen auf die Straße zu werfen, keine heißen Töpfe auf polierte Tische zu setzen, nicht am Daumen zu lauschen, keine Stachtröhrenleitung mit nassen Händen anzufassen, keine Briefmarken anzulegen und nicht am Federhalter zu lausen. Alles goldrichtig! Aber früher pflegte man so was dem „Allgemeinen Wegweiser“ als Ratsschlag einzubereiten, jetzt wird im Ru eine eigene „Schellbach-Preße“, ein System, eine „Technik der Erfolgsgleichen“ daraus, eine „Bewegung“ gar, die sich „Großdeutscher Erfolgsgang“ nennt — GDFG, denn mit einer Abkürzung hat, hat die Zukunft. „Millionenfront“ ist noch einer der bescheidenen Titel für den neuen Verein.

Am Sonnabend und Montag sprach Herr Schellbach auch in Dresden. Der Erfolg seiner Vorträge über den Erfolg war einzig, daß niemand davon gekletter wurde. Aber das war wohl wiederum gemollt, denn die unentgeltlichen Abende waren Refame für entgeltliche Bücher, Schriften, Vorkurse. Wenigstens erfährt man, daß der Reichsminister A. in A. seinen Umsatz um 33 1/2 Prozent gesteigert hat, seitdem er schuldhaft. Herr Schellbach ist, nach seinem Vortrag zu urteilen, offenbar der Ansicht, daß alle Not, auch alle Arbeitslosigkeit sich beseitigen lassen, wenn jeder kräftig nach dem eigenen Erfolg strebt und sich redlich müht, „was Besseres“ zu werden.

Die gelehrtigen Schüler Schellbachs begannen gestern abend ihre erfolgreiche Laufbahn, indem sie, um im überfüllten Vereinshausaal ein paar Sätze zu schaffen, einen langen, langen Tisch auf's Podium schleppten, sich zu Tuscheln darauf niederließen, unter lauem Gekeuch damit zusammenzudenken und traurig die Trümmer ihres „Erfolges“ beiseite schafften. Wenn sie, den überfüllten Arbeitsmarkt zu beleben, alle auf denselben Erfolgsweg klütern, wird es ihnen nicht viel besser gehen.

Baumblut-Sonderzüge

Am Dimmelfahrtstag wird die Baumblut im unteren Elbtal in schönster Entfaltung stehen. Zur Bewältigung des zu erwartenden starken Verkehrs wird die Reichsbahn neben den fahrplanmäßigen Zügen noch Sonderzüge ablassen, so daß sich folgende Verbindungen ergeben: Linie Dresden-Gesfährde-Niederwartha. Einfahrten: a b Dresden Hauptbahnhof (Sitzbau) 8.10, 9.07, 10, 12.12, 13, 13.25, 13.55, 14.22, 15 und 15.30 Uhr. Rückfahrten: a b Niederwartha 17.22, 18.28, 19.23, 19.48, 20.54, 22.40 und 23.39 Uhr; a b Gesfährde 17, 17.38, 18.10, 18.27, 18.40, 19, 19.30, 19.43, 19.52, 20.20, 20.58, 21.20, 22.44 und 23.43 Uhr. Linie Dresden-Nabebeul-Goswig. Einfahrten: a b Dresden Hauptbahnhof (Nordhalle) 6.40, 7.12, 7.44, 8.12, 10.47, 11.28, 11.53, 12.31, 13.24, 14.23 Uhr; a b Dresden-Nabebeul 9.11 und 14.24 Uhr. Rückfahrten: a b Goswig 17.19, 17.51, 18.17, 18.58, 19.45, 20.42, 21.21, 22.25, 23.23 Uhr, außerdem a b Nabebeul 19.45 und 20.33 Uhr. Alle Züge führen 2. und 3. Klasse. Zur Rückfahrt gelten auch die ermäßigten Sonntagsrückfahrkarten, deren Preis in 3. Klasse beispielsweise von Dresden Hauptbahnhof nach Gesfährde 60 Pf. und nach Nabebeul 80 Pf. beträgt. Bei günstiger Witterung werden die Sonderzüge auch Sonntag, den 8. Mai, abgelaufen werden.

Das Frühjahr mit seinen warmen Tagen macht auch die Freunde des Radspportes wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an unser Gewerkschaftsunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk AG, in Berlin-Lichtenrade zu erinnern. Die großen geräumigen Fabrikanlagen sind gewappnet für eine Tagesproduktion von über 600 Rädern. Weit über 200 000 Lindcar-Fahrräder werden bereits im Reich gefahren. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder, haben sich einen großen Freundeskreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preise von 62 M. an bewegen, und vor allen Dingen billige Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsauschüsse des ADGB, alle freigewerkschaftlichen Verbände und etliche laufend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Lindcar-Fahrräder entgegen und übermitteln sie dem Werk zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt. Die Kaufbedingungen für die Lindcar-Fahrräder, wie übrigens auch für die Lindcar-Nähmaschinen, sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalogmaterial, das in den oben aufgeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten. Niederlage: Dresden, Rigenbergstraße 6, Gewerkschaftshaus.

So war es immer



Bulgaria-Zigaretten sind seit Jahren führend in Sachsen.
Die Zeiten haben sich geändert, der Geschmack des Rauchers aber nicht.
Ebenso unverändert ist der Qualitäts-Gedanke der Bulgaria.

Darum bieten wir wundervolle bulgarische Tabake auch in unserer 3 1/3 Pfg. Zigarette.



Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 30 Pfg.

mit Sport-Photos

Die Konsumvereine im Jahre 1931

Vom Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ist dieser Tage der erste Band des Jahrganges 1932 erschienen. Zum dreißigsten Male hat sich das Werk mit der Zeit zu einem Standardwerk auf dem Gebiete der Genossenschaftsliteratur entwickelt, das nicht nur für den mitten im genossenschaftlichen Betriebe stehenden Praktiker, sondern auch für den Theoretiker ein unentbehrliches Handbuch wurde. Das gilt besonders für den vorliegenden neuesten ersten Band. Das Jahrbuch ist seit vorigem Jahre durch zwei- und zeitgemäße Verfürgung und Zusammenfassung des Stoffes übersichtlicher und lesbarer geworden. Jeder der zwei Bände erscheint jetzt etwa 500 Seiten stark. Früher ergaben drei Bände so um die 2000 Seiten. Gute ins einzelne gehende Angaben über den Inhalt ermöglichen eine leichte und schnelle Orientierung über jede besondere Angelegenheit.

Wie üblich, bringt die Einleitung zum ersten Abschnitt, der vom Zentralverbande Deutscher Konsumvereine im besonderen handelt, einen allgemeinen Ueberblick der wirtschaftlichen Entwicklung, deren Geleiten und Ergebnissen am die Genossenschaften wohl oder übel unterworfen sind. Das immer wieder aufzuzeigen, ist sehr wichtig, weil es in der Arbeiterbewegung Menschen gibt, die meinen, die Konsumvereine könnten alles, wenn sie nur wollten. Gerade die jetzige schwere wirtschaftliche Krise zeigt, wie naiv und falsch solche Auffassungen sind, die manchmal im Kreise der Genossenschaften selbst zu ganz unnötigen Auseinandersetzungen führen. Eng im Rahmen stehen die Sachen. Das gilt auch für die Genossenschaften innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft.

Es dürfte kaum eine Konsumgenossenschaftliche Frage von Belang geben, auf die das Jahrbuch nicht eine klare und erschöpfende Auskunft erteilt. So lernt man die vielseitige und umfassende Tätigkeit kennen, die die Leitung des Zentralverbandes mit einem Stabe sach- und fachkundiger Mitarbeiter zu entfalten hat. Der Abschnitt „Wirtschaft und Genossenschaft“, zeigt die Stellungnahme und die Vorgänge auf diesem Gebiete in 33 einzelnen Kapiteln. Man erfährt ferner interessante Einzelheiten über „Wirtschaftliche Kämpfe der Konsumgenossenschaften“ mit ihrem vielen und oft sehr robusten Gegnern. Nicht minder wichtig ist, was über die Besteuerung der Konsumvereine und über Steuerrechtsprechung berichtet wird. Umständliches Tabellenwerk unterrichtet zahlenmäßig über den Stand der einzelnen organischen Glieder des Zentralverbandes: Revisionenverbände, Großverkaufsgesellschaft, Pensionskasse, Volksfürsorge, Verlagsgesellschaft (die finanzielle Trägerin des Zentralverbandes), Versicherung „Eigenhilfe“ usw.

Ueber die Tätigkeit der Fortbildungskommission wird als Anhang in einem besonderen Abschnitt Näheres mitgeteilt. Im übrigen findet man wissenswerte Angaben über die deutsche Genossenschaftsbewegung im Allgemeinen. Danach gab es am 1. Januar 1932 in Deutschland insgesamt 52.032 Genossenschaften der verschiedensten Art. Sie werden nach der Statistik in 18 große Gruppen geteilt. Seit 1913 ist eine Steigerung um 50 Prozent zu verzeichnen! Die Nachkriegszeit brachte also eine enorme Entwicklung des Genossenschaftswesens. Deutschland ist das typische Land der Genossenschaften! Alle Gruppen des wirtschaftlichen Lebens, vom Arbeiter bis zum Offiziersbund, suchen sich wirtschaftliche Vorteile in irgendeiner Form auf diesem Gebiete zu verschaffen. Dem Proletariat aber, der das am nötigsten hat, verweigert man es am meisten. Daher der brutale Kampf dieser Kreise gegen die Konsumvereine!

Alle Angaben des Jahrbuchs beziehen sich auf das Ro-

lenderjahr 1931. So auch die folgenden. Die Zahl der Mitglieder der Vereine des Zentralverbandes ging von 3,05 auf 8,02 Millionen zurück. Zum Teil ist das auf die seit Jahren geübte Abtötung der „Papiermitglieder“ zurückzuführen. So wurden in den letzten acht Jahren rund 1,5 Millionen dieser passiven Mitglieder durch Ausschluß entfernt. Nach wie vor bleibt die Struktur der deutschen Konsumvereine im wesentlichen proletarisch. Mindestens 85 Prozent der Mitglieder sind Lohn-, Gehalts- oder Rentnempfangler, die sich schlecht und recht durchs Leben schlagen müssen. Gegenwärtig dürften 40 bis 50 Prozent der Mitglieder arbeitslos oder kurzarbeitslos sein. Man kann sich vorstellen, wie verheerend das auf die Wirtschaftslage der Konsumvereine wirken muß. Daß sie sich trotzdem so verhältnismäßig gut halten, beweist ihre Solidität und starke Lebenskraft.

Der wertmäßige Umsatz ging von 1212 auf 1047 Millionen Mark — 13,5 Prozent zurück. Das ist eine allgemeine Erscheinung. (Für die Warenhäuser wird der Rückgang auf 14 Prozent berechnet.) Dabei ist die wesentliche Verabfolgung der Warenpreise zu berücksichtigen und daß die meisten Mitglieder nur noch die billigsten Waren kaufen können. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied verminderte sich von 397 auf 347 Mark. (Sachsen steht mit 481 (1930: 539) Mark noch immer an der Spitze.) Der Stand der Spareinlagen war mit 413 Millionen Mark im dritten Quartal 1930 am höchsten. Am 31. Dezember 1931 war er auf 317 1/2 Millionen Mark zurückgegangen. Ein Umstand, der vielen Konsumvereinen neben dem Umsatzrückgang die meisten Sorgen macht. Deshalb auch die dringende Mahnung im Jahrbuch nach möglicher Stärkung der eigenen Betriebsmittel.

Insgesamt wurden in den Vereinen des Zentralverbandes 55.592 Personen beschäftigt (im Vorjahre 57.463), davon 7003 in der Warenherzeugung. Die Belastung mit Steuern aller Art ist enorm. Sie machte 2,22 Prozent des Umsatzes aus und ist andauernd gegenläufig. Die Zahl zeigt, wie frivoll und lägenhaft der Schwanz mancher Gegner von der „Steuerbegünstigung“ der Konsumvereine ist. Vor der letzten allgemeinen Erhöhung der Umsatzsteuer hatte die Regierung die Aufhebung der Sondersteuer gegen die Konsumvereine versprochen. Das Versprechen wurde nicht gehalten. (1) — So zeigen diese und noch viele andere Angaben des Jahrbuchs, daß auch die Konsumvereine unter der Wirtschaftskrise schwer zu leiden und zu kämpfen haben. Um so energischer und zielbewußter müssen sie und alle einzelnen Mitglieder zusammenstehen und alles mögliche tun, um ohne Schaden über die schwere Zeit hinwegzukommen. Die Solidarität muß diese Feuerprobe bestehen!

G. Fleißner.

Sachsen

Die Zustände in der Chemnitzer Polizei

Eine interessante Liste aus der 1. Bereitschaft

In unserem Chemnitzer Parteiorgan, der *Vollzeitung*, lesen wir:

Die SA ist verboten worden, weil sie hochverräterische Aktivitäten hatte. Sowohl die Reichsregierung als auch der Reichspräsident haben dies in der Begründung des Verbots festgehalten. Die logische Folgerung ist, daß auch diejenige Partei, auf deren Geheiß die SA um Umsturz aufmarschierte, vom Staat mit allen Mitteln bekämpft werden mußte. In Preußen, in Bayern und vor allem in Baden geschieht das auch. Nur in Sachsen schwankt die

Regierung noch hin und her und weiß noch nicht, auf welche Seite sie fallen soll.

Seute sind wir in der Lage, eine ganze Liste derjenigen Beamten der 1. Bereitschaft in Chemnitz, die aktive Mitglieder der nationalsozialistischen Umsturzpartei sind, der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Regierung mag sie sich anschauen:

- Otto Bury, Polizeihauptwachmeister
- Walter Raabe, Polizeiwachmeister
- Erich Huber, Polizeiwachmeister
- Erich Hubmann, Polizeiwachmeister
- Joseph Maciejewski, Polizeiwachmeister
- Johannes Schmal, Polizeiwachmeister
- Karl Nau, Polizeiwachmeister
- Herbert Lange, Polizeiwachmeister
- Otto Martin, Polizeiwachmeister
- Walter Schulze, Polizeiwachmeister
- Walter Haifer, Polizeiwachmeister
- Walter Richter, Polizeiwachmeister.

Der Polizeihauptwachmeister Bury ist der Geschäftsführer der 1. Bereitschaft. Er hat die ihm unterstellte Beamtenchaft bezüglichs nachverleumd, daß die Zustände zum Himmel schreien. Wer sich dem Druck der nationalsozialistischen Hauptwachmeisters Bury zu entziehen versucht und forciert auf dem Boden der Verfassung steht, wird mit den schlimmsten Mitteln schikaniert. Einer der Beamten, dem man die Unterstützung zur Eintrittsverzögerung in die NSDAP abgelehnt hat, ist solange bearbeitet worden, bis er endlich klein beigab.

Der Landtag hat eine Untersuchungskommission eingesetzt. Wir werden dafür sorgen, daß in die Register der Chemnitzer Polizei mit aller Gründlichkeit hineingeleuchtet wird.

Falkenau. Der wandernde Berg bei Falkenau. Nach einjähriger Dauer sind die von der Reichsbahn durchgeführten Abtragungsarbeiten am wandernden Berg bei Falkenau nunmehr beendet worden. Insgesamt wurden rund 800.000 Kubikmeter Gesteinsmassen abgetragen. Man rechnet damit, daß nunmehr für die am Berg vorbeiführende Eisenbahnlinie Dresden—Reichenbach keinerlei Gefahr mehr besteht.

Rundfunk

Mittwoch, 4. Mai.

- 8.15: Dienst der Hausfrau. Solenne Sätze: Sante Röhren und andere Kleinigkeiten.
- 10.10: Schallfunk: Besuch im ältesten Ehrenhammer Thüringens bei Weiba.
- 14.00: Arbeiten im Garten.
- 16.00: Für die Jugend. Puppentheater. Ein Märchen-Schicksal.
- 17.00: Konzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters.
- 18.10: Weidenerziehung — Zeitgebanten Friedrich Krebs in Neu-Geltung für die Gegenwart.
- 18.35: Italiensch.
- 18.55: Wir geben Auskunft.
- 19.06: Dr. Bah: Die deutsche Wirtschaft im Spiegel der Leipziger Frühjahrsmesse 1932.
- 19.40: Unterhaltungstanz. Russ.: Kapelle des 1. Berl. 10. Juhl. Regts., Dresden.
- 21.00: Zeitbericht.
- 21.10: Zum 50. Geburtstag des Dichters Wilhelm Schumann.
- 21.50: P. Natonek u. Dr. Fischer: Von den Wäldern in der Kritik.
- 22.20: Nachrichten.
- Anf. München: Konzert des Funforders.
- Deutsche Weite: Mittwoch, 4. Mai.
- 9.00: Schallfunk: Deutsche Geschichte in der Halle.
- 9.30: G. Hausdorf: Selbstleben von Blaschke.
- 10.10: Schallfunk: Gespräch zwischen dem bekannten Tragödiendirektor Dr. Kumpfer u. Dr. Reimburg.
- 14.45: Mindeletheater: Durch die Wälder. Hörspiel nach Karl May.
- 15.45: Wera Freitag: Mein Küchengarten auf Balken und Dach.
- 16.00: Lehrer Peterlen: Der Vandalen als Vandalenleiter.
- 16.30: Hamburg: Nachmittagskonzert.
- 17.30: Prof. Dr. Marx: Technische Erfindung und Wirtschaftskrisis.
- 18.00: Musik und Halle. Einführung: G. Waldmann. Am Hildeg. Hilt Kroeber-Wäde.
- 18.30: Geh. Justizrat Prof. Dr. Hellron: Rechtsfragen des Tages.
- 18.55: Oh.-Jes. Hainz: Pörsellende Kunstschmied.
- 19.10: Geh. Reg.-Rat Dr. Demuth: Die Wirtschaftslage Englands.
- 19.30: Mit-Berliner Langabend. Kapelle Otto Kernbach. Ritz u. Fleißner (Leipzig).
- 21.00: Tages- und Sportnachrichten.
- 21.10: Der Strom — ein Leben. Auftakt von Eberhard Strauß.
- 22.00: Dr. Walscher: Politische Zeitungsbesprechung.
- 22.15: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
- 22.30: München: Konzert des Funforders.

Skandal in Czernowitz

Schändlicher Mißbrauch der Amtsgewalt

Sutarek, Ende April. (Eig. Bericht.) In Czernowitz ist nach wochenlangen Verhandlungen ein in der Bukowina und darüber hinaus in ganz Rumänien vielbeachteter Kindererschöndungs-Prozess zu Ende gegangen. Der angeklagte Regierungsbeamte Patac wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, während die mitangeklagte Frau Stanzl ein Jahr Gefängnis erhielt. Das Schicksal des Hauptangeklagten, der eine hohe Funktion im Bukowiner Oberpräsidium bekleidet hatte, war nicht kein. Guido Patac hat im Laufe einiger Jahre

22 Mädchen im Alter von 8 bis 14 Jahren an sich zu locken gewußt. Sieben hat er Gewalt angetan und infiziert. Die übrigen hat er durch Erzählungen und Versprechungen dazu verleitet, ihn bei allen möglichen perversten Dingen zu unterstützen. Die meisten der verführten Mädchen, Schülerinnen eines Waisenhauses, saßen stützend und mit verhärmten Gesichtern auf der Jugendbank.

Der Gerichtsfall war zu jeder Verhandlung bis auf den letzten Blah gefüllt. Der Anhang der Sensationshungrigen war groß, noch größer aber war die Enttäuschung, wenn es „interessant“ zu werden versprochen und der Berichtsvorlesende den Ausschluß der Öffentlichkeit anordnete. Aber auch das, was in öffentlicher Sitzung auf Tapet kam, war „sensational“ und erschütternd genug.

Mit geradem teuflischer Raffinerie

war der Wüstling Patac zu Werke gegangen. Um die kleinen unerschuldigen Opfer leichter in seine Fänge zu bekommen, hatte er in seiner Beamten Eigenschaft die Rentnerin Maria Stanzl als sogenannte Wohlfahrtspflegerin, in Wirklichkeit aber als Supplentin bestellt. Dieses Frauenzimmer erledigte sich ihrer „charitativen“ Aufgabe mit großem Geschick. Einigen Kindern verschaffte sie tatsächlich Unterstühtungen, was ihr bald das volle Vertrauen der Leitung des Waisenhauses eintrug und ihr das dunkle Wandwerk sehr erleichterte. Sie führte dem Wüstling Patac, dem angeblich die Vereinnahmung der Unterstühtungen oblag, immer wieder neue Opfer zu, meistens arme, elternlose Geschöpfe, die sich bald leichter, bald schwerer für Geschenke oder auch nach Einschüchterungen mißbrauchen ließen. Schließlich brachte die schwere Erkrankung eines der verführten Kinder das ungeheure Verbrechen des Patac und seiner Gehilfin ans Tageslicht.

Nur Bericht verurteilt der Angeklagte, strafmildernde Umstände für sich u. a. mit der Behauptung geltend zu machen, daß er

harter Alkoholiker

sei und eine Laten infolge des genossenen Alkohols in einem Zustand sexuellen Heberreiztheit begangen habe. Ein Gerichtsaktuar durchsuchte die launlose Stille im Gerichtssaal, als der Staatsanwalt den Ausführungen Patacs entgegenstellt, daß er bis zum Tage seiner Verhaftung

Verfänger der Czernowitzer antialkoholischen Liga gewesen und einmal sogar als rumänischer Delegierter zu einem internationalen antialkoholischen Kongress entsandt worden sei ...

Patac habe zwar hin und wider Alkohol konsumiert, doch niemals in größeren Mengen. Ein anderer Einwand des Angeklagten und seiner Verteidigung, daß er in psychiatrischer Hinsicht endlich befreit sei, verfiel schon mehr. Es wurde festgestellt, daß der Vater und Großvater des Patac Trinker waren und der Großvater im Irrenhaus gestorben ist. Die Meinungen der ärztlichen Sachverständigen gingen auseinander; es kam zu heftigen persönlichen Auftritten. Schließlich einigte man sich dahin, daß Patac einen Grenzfall zwischen Verantwortlichkeit und Nichtverantwortlichkeit darstelle, daß im allgemeinen aber das Normale in ihm das Pathologische überwiege.

Auf diesen salomonischen Weisheitspruch der Justiz hin wurde das für rumänische Verhältnisse ziemlich milde Urteil gefällt.

Drei Heberfälle in Berlin

Mitgoldräuber

D. Berlin, 3. Mai. (Eig. Fun.) In Berlin wurden am Montag drei Raubüberfälle verübt, deren Opfer sämtlich Hausverwalter oder mit dem Einfließen von Mitgoldern beschäftigte Personen waren. Den Raubtätern, die in allen Fällen schwer bewaffnet waren, fielen über 5000 Mark in die Hände. In allen drei Fällen konnten die Täter entkommen.

Blut an einem Enklaffen

In dem holländischen Dorf Helsenbüttel erschah ein entlassener Knecht seine Arbeitgeberin, die Hofbesitzerin wurde. Als die Landjäger den Knecht festnehmen wollten, verbarrikadierte sich der Täter in dem Morbhaus und eröffnete gegen die Beamten ein regelrechtes Schützenfeuer. Schließlich mußte der Verbrecher die Auslosigkeit seines Widerstandes einsehen. Er erschah sich.

Ein neuer Komet

Auf der Madrider Sternmarie entdeckte der junge spanische Astronom Carasco im Sternbild „Das Paar der Berenice“ einen neuen Kometen. Der Komet wird den Namen seines Entdeckers tragen.

Unterdrückung als Raub

In Gomburg vor der Obbe wurde ein Angestellter der Stadtasse wegen Unterdrückung von 15.000 R. verhaftet. Der Beschuldigte gab bei seiner Vernehmung seine bisher durch Fälschungen bezugslohen Verrechnungen zu. Er erklärte, daß er sich selbst habe rächen wollen, daß ihm durch die Inflation seine Sparnisse genommen worden seien. Der Verhaftete hat das Geld zum für Kometen, teils für alkoholische Getränke ausgegeben.

Unterdrückung bei der Reichswehr

Breslau, 2. Mai. (Eig. Draht.) Der bei der Breslauer Romabauunter beschäftigte 25jährige Stadtgefreite und Unteroffiziersanwärter Schäl ist seit Sonnabend flüchtig. Schäl, der das volle Vertrauen seiner Vorgesetzten besaß, war mit der Abholung von Geldern in Höhe von 1700 R. beauftragt, das zu Gehaltszahlungen bestimmt war. Der Gefreite stellte aber diesen Betrag den rechtmäßigen Empfängern nicht zu und entwendete außerdem 350 R. aus der Kasse der Unteroffiziersvereinnung, deren Kassamann er war. Wahrscheinlich hat der ungetreue Gefreite, gegen den von der II. Kavalleriedivision inzwischen Anklage erhoben worden ist, sich nach Oberschlesien begeben. Schäl führte in letzter Zeit einen leichtsinnigen Lebenswandel. Man nimmt an, daß er das Geld unterdrückt hat, um sich der bedrängenden Gläubiger zu erwehren.

Morde und Selbstmord aus Eifersucht

In Polzhausen bei Minden erschah ein Kaufmann seine Stieftochter, ihren Freund und sich selbst. Allem Anschein nach bildet Eifersucht das Motiv der Tragödie.

„Der Löw' ist los“

Beim Abtransport einer Varietébühne in Stuttgart brach plötzlich ein Löwe aus seinem Käfig aus und machte einen gefährlichen Spaziergang durch die Höfenstrecken der Stadt. Der Dompteur des Tieres und ein Taxidompteur konnten den Löwen nach einiger Mühe wieder einfangen.

Entschlafenes Recht

In Preußen wurde eine ganze Reihe von Verordnungen, in jeder Weise ungezügelmäßig Gesetzen aufgehoben, die bereits seit Jahrzehnten nur noch in den Akten standen, in der Wirklichkeit aber keinerlei Bedeutung mehr besaßen. Manche Verordnungen kommen und heute reichlich kurios vor. So wurde aufgehoben: die Verordnung gegen das Ein- und Herumschleichen der Jäger in Ostpreußen (Januar 1793); das Gesetz wegen der Lösung und des Umgangs der Schäfer und Schäfernechte in Neuvorpommern und Rügen, im Herzogtum Posen und in den mit Ostpreußen vereinigten Distrikten des Herzogtums Warschau (1. Juni 1890); die Verordnung wegen Einführung einer gleichen Wagen- und Schützensteuer in der Provinz Posen (August 1806); das Edikt der Herzoglichen Landesregierung, das Kollektieren ohne landesherrliche Erlaubnis betreffend (November 1806); das Ausschreiben der kurfürstlichen Regierung, die Vererbung der Besitztümer betreffend (Januar 1815); das Ausschreiben des kurfürstlichen Staatsministeriums, die wegen Julius nötigen früheren Verfügungen betreffend (Oktober 1896); das Ausschreiben des kurfürstlichen Staatsministeriums wider den Gebrauch von unbesetzten kupfernen Geschützen bei den Regern, Wirten und Speiseführern (Mai 1829).

Opfer des Laifuns

Manila, 2. Mai. Ein Wirbelsturm, der am Sonntagabend zum Drittel der Stadt Jolo auf der Insel Jolo griff, hat nach den bisherigen Schätzungen mindestens 20 Tote und 500 Verwundete

Wo bleibt das Weltgewissen?

Klassenjustiz in Amerika

Wie vor wenigen Tagen gemeldet wurde, reichte Tom Moon, der wegen des Bombenattentats gegen die Kriegs-demonstration im Jahre 1916 verurteilte Arbeiterführer in San Francisco, zum viertenmal sein Gnadengesuch beim Gouverneur von Kalifornien, Kopp, ein. Zum viertenmal lehnte der Gouverneur ab, so wie zwei Vorgänger, die Gouverneure Stephens und Young, abgelehnt haben. Um die Kämpfer für Rechte und Brot der kalifornischen Arbeiterschaft, Tom Moon und Warren Billings, unerschütterlich zu machen, wurden sie von Agenten der Unternehmern durch gefälschte Zeugnisse in den Kerker gebracht. Nun haben sie schon seit sechs Jahren, obwar gleich nach dem Urteil — das auf Tod lautete — erwiesen wurde, daß alle Zeugenaussagen gegen sie falsch waren. Das in Amerika absolut herrschende Kapital läßt aber keine Opfer nicht aus; wie im Falle Sacco und Vanzetti in Boston darf es auch in San Francisco nicht anerkannt werden, daß die Klassenjustiz Schandurteile fällt. Moon und Billings sollen im Kerker verfaulen: es ist eine Wuchfrage für das Kapital.

Keine Gnade!

Die in Kalifornien geltenden Gesetze lassen keine Revision, keine Reaufnahme solcher Prozesse, wie die der beiden Arbeiterführer, zu. Es gibt keine andere Lösung als die Vergnügung. Eben deshalb will die Staatsmacht in Kalifornien nicht das Wort der Vergnügung aussprechen; das würde das Eingeständnis bedeuten, daß die beiden Märtyrer der Arbeiterschaft gegen Gesetz und Recht verurteilt worden sind, das wäre der Sieg der Gerechtigkeit über Unternehmerrückstuf, und das darf in Amerika nicht sein. Es half selbst nichts, daß der leinewegs proletarierfreundlich gekannte Bürgermeister von Newark, Walker, nach San Francisco kam und in öffentlichen Versammlungen für die Vergnügung der unschuldigen Opfer eintrat. Alle Gnadengesuche wurden zurückgewiesen. Nur zu dem einen mären die Arbeiterführer provisorisch auf freien Fuß zu setzen. Das würde aber bedeuten, daß sie ständig unter strengster Polizeikontrolle blieben, sich von ihrem Wohnort nicht entfernen, keinerlei Arbeit annehmen, nicht einmal ein Auto lenken dürften und bei dem kleinsten Vergehen in den Kerker zurückzuwandern müßten. Die Verbrechen sollen sie sich also von der Polizei übermachen und behandeln lassen, und da ihr Prozeß eigentlich der Prozeß der Polizei ist, ist es verständlich, daß Moon und Billings diese angebotene Begünstigung nicht annehmen wollen, solange noch eine Hoffnung besteht, daß die in der ganzen Welt hörbare Stimme der Menschlichkeit ihnen zu ihrem Rechte verhilft.

„Wenn ihr Mitglieder einer Organisation seid“ — schrieb Moon in einem Brief an seinem Gefängnis — „die für die Menschenrechte kämpft, so sorgt dafür, daß die Organisation an dem Kampf für unsere Befreiung teilnimmt! Das Anrecht, das an Moon und an Billings gebührt, bedroht jeden Arbeiter. Ich beschwöre euch, zu handeln. Euren Rechtsanspruch erwarte ich. Werde ich hier im Gefängnis sterben oder kann ich in Freiheit leben — es hängt von euch ab!“

Die beiden Märtyrer haben keine gemeinsame Lebensstation. Tom Moon verbringt seine Tage im San-Quentin-Gefängnis an der Stadt von San Francisco. Er hat die Nummer 31021. Die ersten acht Jahre seiner Gefängniszeit durfte er keine Besuche empfangen, jetzt kann man ihn schon besuchen. Der viel jüngere Warren Billings ist im Holmganggefängnis, außerhalb San Franciscos, untergebracht. Nummer 10699 bricht hier Steine, mit Verbredern zusammen, verrichtet aber diese schwere Arbeit lieber, als in der Hölle zu bleiben, denn die Gefängniszellen sind hier grauhaft. Frucht, ohne Licht und Luft, im Winter nicht geheizt, sind sie auch so schmal, daß sich die Gefangenen kaum umdrehen können.

Das Schandurteil

Die verhängnisvolle Bombenexplosion ereignete sich am 22. Juli 1916. Die Vereinigten Staaten wollten in den Krieg eingreifen und liehen überall, so auch in San Francisco, große Kriegszustandgebungen veranlassen. Die Unternehmer und Kaufleute gaben ihre Angehörigen frei, die Veranhalterin der Kundgebung war ja die Bombenstammer. Zehntausende waren an der Straße. Da explodierte auf der Steward Street eine Dynamitbombe, tötete zehn Personen und verwundete vierzig andere erheblich.

Drei Tage später wurden als vermeintliche Täter vier Arbeiter verhaftet, die an den Gewerkschaftskämpfen der letzten Jahre führend teilgenommen hatten: Moon, seine Frau Rena Moon und zwei Gefährten und Freunde Moon, Billings und Weinberg. Am Februar 1917 erfolgte die Verurteilung Moon und Billings zum Tode durch den Stang; gegen Frau Moon und Weinberg wurde die Anklage fallengelassen.

Der Prozeß war aber so brutal parteiisch geführt worden, daß ein Schrei der Entrüstung die Vollziehung des Todesurteils verhinderte. Präsident Wilson ernannte eine Untersuchungskommission, die aus hohen Mitgliedern, hohen Staatsbeamten, Senatoren, Univeritätsprofessoren, bestand. Sie kam zu folgendem Ergebnis: „Die furchtbare und heilige Nacht der Justiz muß in diesem Falle — bewußt oder unbewußt — dazu mißbraucht worden sein, um in einem Arbeitskonflikt die Verteidiger der Arbeiterklasse zu vernichten.“ Auf Fürsprache Wilsons änderte der Gouverneur Stephens nach dem Waffenstillstand die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe um. Das Leben Moon und Billings war gerettet — aber nur für den Kerker.

Photographien — kein Beweis

Am Tage der Explosion kamen bekannte Arbeiter, Anhänger Moon, die an den Dekorationsarbeiten des Hauses beschäftigt waren, in seine Wohnung und sahen, wie sich Moon und seine Frau auf das Dach begaben, um der Demonstration zuzuschauen. Beide blieben von 11 bis 5 Uhr inmitten einer Menge, ohne das Dach zu verlassen. Von dieser Terrasse aus wurden drei photographische Aufnahmen gemacht, auf denen Moon zu erkennen war. Auf diesen Bildern war auch die Uhr eines großen Gebäudes zu sehen; auf dem einen zeigte die Uhr 1.58, auf dem zweiten 2 Uhr, auf dem dritten 2.04 Uhr. Die Dynamitexplosion erfolgte, wie polizeilich festgestellt war, um 2.06 Uhr, zwei Kilometer entfernt von der Terrasse, wo Moon um 2.04 Uhr photographiert wurde!

Von den Photographien erfährt der Verteidiger Moon erst im Laufe des Prozesses; es wurden ihm fünf reuschierte Bilder ausgehändigt, an denen nichts zu erkennen war, erst später, als sich die Platten fanden, konnten diese untrüglichen Beweise der Unschuld Moon produziert werden. Sie nutzten aber auch nichts.

Billings konnte Minute auf Minute nachweisen, wo er die Zeit während des Anschlags verbracht hatte. Man ließ aber seine Zeugnisse und Beweise nicht zu.

Die Polizei hatte sofort nach der Explosion die Stelle in Ordnung bringen lassen, so daß alle Spuren verwischt wurden und nichts mehr festgestellt werden konnte.

Die falschen Zeugen

Die Zeugen, auf deren Aussagen hin die beiden Arbeiter verurteilt wurden, hießen Orman, John Mac Donald, eine Frau Estelle Smith und Peter Bedowitz. Es war noch eine Frau da, die aber nicht aussagen konnte, weil die Verteidigung noch während des Prozesses einen abgefangenen Brief ihrer Zuchthausleiterin vorlesen konnte, in dem sie voll Freude mitteilte, daß man ihr die zeitliche Strafe von einigen Jahren zu schenken versprach, wenn sie im Prozeß gegen die Arbeiter auslauge.

Am meisten Eindruck machte der Viehhändler Orman aus Oregon. Er hatte eine so einfältige Art, sich zu geben, daß seine Aussage dem Prozeß entscheidend. Er hatte die Angestellten mit Koffern auf dem Wagen Weinbergs an der Attentatsstelle ankommen sehen. Auch die anderen Zeugen sahen Moon und Billings, zwar an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Zeitpunkten — aber das hörte nicht.

Quers wurde die Prostituierte Estelle Smith entlarvt. Sie hatte erzählt, daß sie mehrere Male vorbeifahren, in eine Wuchfrage verwickelt, von der Polizei dazu gezwungen wurde, gegen die Angeklagten auszusagen. Sie bekam dann dafür eine hübsche Wohnung. Diese Aussage wurde protokolliert und durch die Jüdder eideschwörtlich bestätigt. Alle anderen Zeugenaussagen wurden ebenfalls entlarvt. Der Viehhändler entpuppte sich als ein hartgefotterter Verbrecher. Im Jahre 1921 wurde bewiesen, daß er zur Zeit des Attentats bei Befannten in Woodland war und erst um 2.10 Uhr den Zug bestieg und um 5 Uhr in San Francisco ankam. Kurze Zeit nachher fanden sich drei Briefe von ihm, in denen er einen gewissen Signal aufforderte, gegen Bezahlung von hundert Dollar, Reisepässe und Verpflegung im Prozeß Moon belästigen auszulassen. Er selbst verdrinste an der Sache auch ganz schön. Orman war übrigens mehrere Male verurteilt, ein polizeibekannter Verbrecher.

Ich sammle Zigarettenbilder

Alle Welt sammelt heutzutage. Sammeln ist die große Mode, der letzte Schrei über, um es allgemeinerständig zu sagen, der dornier cri. Mein Friseur, A. sammelt die Serie „Große Sportler aus aller Welt“. Immer, wenn er eine Serie fortgeschritten will, fehlt noch einer: einmal ein Federballspieler, dann ein Leichtgewicht und wieder ein Boxer. „Aber, Papa, das leinst du auch nie; das heißt doch Vantamgewicht“, meint Friseur, der immer alles besser weiß als sein Erzeuger. Ist ja schließlich auch gleichgültig. Vantam oder Lantam. Julekt muß ich eben doch für meinen Friseur an allen Stammtischen herumgehen und nach fehlenden Gewichten fragen.

Allen zeitgenössischen Wätern, die dieses Schicksal mit mir teilen, übrigens ein lohnender Wink. Servierdamen und Dienstmädchen kaufen immer um: Federballspieler, Chinesische Landschaft gegen Afrikanisches Götterbild. Aber, bitte, nur nicht verärgert sein, wenn Sie den gewünschten Erfolg nicht gleich haben! Zigarettenbilder sammeln ist eine heisse Aufgabe.

Meine Tochter sammelt „Sprache Dichter“, ihre Mama „Kugelmäuse für den Haushalt“, Onkel Peter „Berühmte Reispferde“, und Lantam Reizina, die schon immer eine Vorliebe für Sinnig-Jungie hatte, besitzt derzeit schon 99 Bilder aus „100 Blumenbilder für das Kochrezeptionsbuch“.

Warum also sollte ich nicht auch sammeln? Ich spezialisierte mich auf Filmpiankünstlerinnen. Weil die am leichtesten zu haben sind. Ich bitte Sie: In jeder Zigarettenpackung, die einigermaßen Anspruch auf Beachtung machen will, finden Sie eine Filmpiankünstlerin. Ich meine zwar überlegen: „Das ist gar nichts, ich habe schon mehr als hundert Filmpiankünstlerinnen gehabt. Die gelten nicht mehr viel auf dem Markt.“ Aber man bedenke: ich war Anfänger. Und für Anfänger sind Filmpiankünstlerinnen gerade das Richtige.

Das Attentat von den Unternehmern bestellt

Sofort nach dem Prozeß setzte die Kapitulation für die gerechte Sache der Verurteilten ein. Sie wurde von dem bekannten Journalisten Robert Minor geführt. Nach der Entlassung Ormans stellten sich der Staatsanwalt, der die zwei Arbeiter verurteilt ließ, und neun von den zehn Geschworenen des Prozesses an die Spitze der Bewegung. Der Vorsitzende des Gerichtshofs erklärte, daß er es zum Ziel seines Lebens mache, Moon und Billings der Freiheit wiedergeben, und er nimmt seitdem an der Befreiungsarbeit regen Anteil.

Man wird aber verstehen, warum all dies bis jetzt vergebens bleiben mußte, wenn man weiß, welche Schandta die Unternehmenschäft Kaliforniens zu verbergen hat. Zuerst vermutete man, daß der Anschlag von der deutschen Spionage vorbereitet und veranstaltet wurde. Jetzt ist es aber fast sicher, daß das Dynamitattentat von den Unternehmern bestellt wurde, einfach um Moon und seine Gefährten, die die Arbeiter organisierten, an den Galgen zu bringen und für die Zukunft jeden abzuwehren, sich der Sache der Arbeiterschaft anzunehmen.

Ähnliche Methoden werden noch heute im Süden und Südwesten der Vereinigten Staaten gebraucht. Zur Zeit des Anschlags konnten die Unternehmern Kaliforniens noch hoffen, den Organisationsgedanken und die Arbeiterbewegung gewaltvoll von ihren Betrieben fernzuhalten. Eben die Sache der beiden Eingekerkerten, der weit widerhallende Kampf um ihre gerechte Sache, daß dieser Hoffnung endgültig ein Ende gemacht... Demals aber tobte eine erbitterte Feinde zwischen einigen heftemütigen Führern und den Unternehmern, die mit ihren skrupellosen Streikbrechern, Polizeileuten und sonstigen bezahlten Subjekten vor seinem Nord zurückdrückten. Die Explosion auf der Steward Street war nicht die erste, Dynamit spielte damals in San Francisco eine große Rolle.

Tom Moon nahm seit seiner Jugend an der Arbeiterbewegung eifrig teil. Er kämpfte an der Seite Debs, des Sozialistenführers, war mehrmals Delegierter auf Kongressen in Europa, einige Jahre vor seiner Verurteilung hatte er sich — er war ursprünglich Metallarbeiter — ganz der Bewegung gewidmet und gab in San Francisco eine kleine Zeitung heraus. Seit 1913 organisierte er einen erfolgreichen Streik nach dem andern, alle mit dem Zweck, der Arbeiterschaft das Recht zur Organisierung zu erzwingen. Im Jahre 1916 bildeten die Unternehmern San Franciscos, durch den großen Streik der Hafenarbeiter in Furcht gesetzt, den „Auswah für Ordnung und Recht“ und zahlte für ihre „Ordnung“ eine Million Dollar in die gemeinsame Kasse ein. Im Juni hatten sie schon eine würdige Verwendung für ihre Million. Moon hatte sich zur Aufgabe gemacht, die Eisenbahner der United States Railroad zu organisieren. Den Arbeitern wurde mit der Entlassung gedroht, wenn sie der Organisation beiträten, sie wurden vor dem „Verbrecher“ Moon in Anschlägen auf den Händen der Arbeiterschaft gemarnt. Als das nicht mehr, explodierte wieder eine Dynamitbombe an den städtischen elektrischen Anlagen, ohne allerdings viel Schaden anzurichten, und Moon und seine Frau wurden verhaftet. Der Detektiv Swanson ergriff bei Billings und Weinberg und bot jedem von ihnen fünftausend Dollar, wenn sie Moon der Bombenlegung bezichtigten. Sie wiesen das Geld entrüthelt zurück, ein Streik brach aber in den Eisenbahnerbetrieben aus, und Moon mußte in Freiheit gesetzt werden.

Das war vier Wochen vor dem Bombenanschlag in Steward Street, der zehn Menschen das Leben kostete. Die polizeilichen Erhebungen gegen die Beschuldigten Moon, Billings und Weinberg leizte aber derselbe Detektiv Swanson, der vor vier Wochen gegen Moon zahlreiche Zeugenaussagen laufen wollte. Moon und Billings schreien aus der Tiefe ihres Kerkers nach ihrem Recht. Sie zu befreien, ist eine Forderung des Weltproletariats, sie sind dafür lebendig ins Grab verurteilt worden, weil sie ein größeres Stück Brot für ihre Brüder erlangen wollten.

p. k.



Das erste Zowjet-Luftschiff

Der Moskauer Start des Zowjet-Luftschiffs UK 1, des ersten Luftschiffes, das von der Union erdant wurde. Das Luftschiff, das einen Rauminhalt von nur 2200 Kubikmeter besitzt, soll sich bei dieser ersten Probefahrt als sehr luftschichtig erweisen haben, so daß der Bau weiterer größerer Luftschiffe in Angriff genommen wurde.

Ich bemühte sie sorgfältig in einer Schachtel auf. Als ich die ersten 30 beisammen hatte, packte mich die Sammelwut. 25 gehörten zu der Serie. 5 fehlten also noch. Ich wurde der Schwärmer meiner Bekannten. Mein Freund Röhle behauptet heute noch, er hätte, weil ich ihn einmal an einem Tage angerufen hätte, sein Telefon gelündigt. Und am Stammtisch war man zufällig jedesmal beim Zahlen, wenn ich kam.

Ein Geschäftsfreund brachte mir schließlich vier der fehlenden bei. Ich mußte ihm dafür einen Wechsel zum dritten Male prolongieren. Aber ich tat's gern, weil ich hoffte, dadurch meine überzogenen Nerven wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen.

Nur Para Lisa fehlte mir noch. Ich konnte keine Nacht mehr schlafen. Para Lisa, das war meine fixe Idee. Para Lisa bei Tag, Para Lisa bei Nacht. Dem Vielesfrüher unterfing ich eine Kleinsehung mit Para Lisa, und das Fräulein auf dem Telefonamt redete ich mit Para Lisa an. Was sie sich merkwürdigerweise trotz ihrer hübschen Stimme energisch verbat.

Enalich kam ich ihr auf die Spur. Ein Geschäftsfreund, der mir eine Offerte machte, hatte vor vierzehn Tagen im D-Zug Berlin-Köln einen Kollegen aus der gleichen Branche kennengelernt, und eben dieser Kollege hatte einen Bekannten, der erst wenige Tage zuvor seinem kleinen Schindeln eine Para Lisa geschenkt hatte.

Ich hatte mehrere Ferngespräche, nach Köln und nach Berlin. Und somit noch nach verschiedenen Großstädten des Deutschen Reiches. Und eben bei einem solchen Ferngespräch geschah es. „Wenn Sie wüßten, bereichert Herz, was ich alles schon gemacht habe, um diese Para Lisa endlich in meinen Besitz zu bekommen“, rief ich gerade mehrere hundert Kilometer weit in das Telefon, als hinter mir ein hochstarker Schrei ertönte...

Meine Frau war unfehlbar. Obergewinn meines Ferngesprächs geworden, und nun lag sie in einer bergwertigen Ohnmacht auf unserem edlen Berker.

Ich will alles übergehen, was das hieße lag. Der Leser möge sich damit zufrieden geben, wenn er erfährt, daß ich meine Filmpiankünstlerinnen gegen „Dere aus der Wüste“ veräußert habe. Die Serie hängt mit dem Kamel an und hört mit der Ohme auf.

Rari Unstein.

Ein gewissenhafter Beamter. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes bis zum Jahre 1918 nicht Mitglied in politischen Vereinigungen sein und nicht an politischen Versammlungen teilnehmen. In Wittenhausen bei Rassel fand 1918 eine sozialdemokratische Frauenversammlung statt, zu der eine Arbeiterin ihren sieben Monate alten Säugling mitgebracht hatte, weil sie ihn nicht unbeaufsichtigt in der Wohnung lassen wollte. Bei Eröffnung der Versammlung trat der überwachende Polizeibeamte an den Vorlesenden heran und erklärte mit strengster Amtsmiene in Bezug auf den gefährlichen Säugling: „Es ist ein Jugendlicher unter 18 Jahren anwesend. Wenn er nicht sofort den Saal verläßt, muß ich die Versammlung wegen Verstoß gegen § 17 des Reichsvereinsgesetzes auflösen!“ Der Säugling wurde darauf seltlich aus dem Saal geschafft. Das Vaterland war gerettet.

Gewerkschaftliches

Vom Lohnkampf im Baugewerbe

Die Arbeitgeber im Baugewerbe verfahren ganz einheitlich. Die Bauunternehmer gaben ihren Belegschaften folgendes bekannt:

Wetz: Regelung ab 1. Mai 1933.
Am 30. April 1933 (Sonntag) mit Arbeitschluss sind alle Bauarbeiter zu entlassen. Als Entlassungsgrund ist angegeben: „Ablauf des Lohnvertrages“. Den Arbeitern ist dabei zu erklären:

Der seitige Lohnvertrag ist abgelaufen. Ein neuer ist noch nicht zustande gekommen. Bis dahin können Bauarbeiter nur zu Lohnsätzen beschäftigt werden, die die Arbeitgeber für tragbar und angemessen halten. Wer am 2. Mai (unter Umständen 1. Mai) die Arbeit aufnimmt, unterwirft sich den vom Arbeitgeber vorgeschlagenen Lohnsätzen.

Von vornherein sind etwaige Anfragen zu verneinen, ob ein später in Kraft tretender Tariflohn für die Zwischenzeit nachvergütet wird.

Es handelt sich diesmal also nicht um Reversé, auf denen die Unterschrift der Arbeiter verlangt wird, sondern um Anweisungen. Man sieht in Dresden Reversé nicht ausgegeben worden. Vielleicht sprechen die Sparen des vorigen Jahres...

Zugewiesenen haben die Unternehmer eine Reihe ihrer Leute entlassen, da sie nur einen „tragbaren“ Lohn zahlen wollen. Um wieder danach der Lohn zu senken ist, um ihn tragbar zu machen, kann natürlich nur im Unternehmerbüro entschieden werden.

Es liegt keine Veranlassung vor, Reversé zu unterschreiben. Fürsten die Unternehmer vielleicht schon die Heugering des Reichsarbeitsministers von voriger Woche in dieser Frage kennengelernt haben? Insgesamt sind am Montag 35 Arbeiter und Bauhilfsarbeiter entlassen worden. Danach sind nun folgende Firmen gesperrt:

- Dörthoff u. Widmann, AG, Filiale Dresden
- Kurt Wadmoer, Dresden
- Berbert Steinert, Dresden
- Konrad Materne, Dresden
- Hermann Hummig, Radebeul
- Alwin Rode, Radebeul
- Jäpel u. Sohn, Tharandt
- Baufirma Baummeister Kühn, Gohlis, Cderwitzer Straße.

Kein einer darf bei diesen Unternehmen in Arbeit treten, nachdem die Bauarbeiter ausgesperrt worden sind.

Die sogenannte Opposition „Industriegruppe Bau“ verteilte heute früh an den Baustellen ein schlecht leserliches Flugblatt mit der Überschrift „Bauarbeiter Alarm — Neuer Lohnraub“. Darin ist die neue Streikstrategie der RSD. auseinandergesetzt. Es heißt da: „Durch Kampf, unter Führung der RSD, werden die Bauarbeiter den Lohnraub abwehren können. Reversé besteht ab, die Entlassungspapiere anzunehmen.“

Das kann doch keinen anderen Sinn haben, als daß die Bauarbeiter nach diesem „Feldmarschallplan“ weiterarbeiten sollen, ganz unbelästigt darum, wie es um den Lohn bestellt ist. Eine weitere Parole lautet: „Reversé auch rechts am Montag, dem 2. Mai, auf jeder Baustelle für den alten Lohn.“

Dabei haben wir vor einigen Tagen hier schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Unternehmer das Arbeitsverhältnis zum 30. April aufgelündigt haben und eine Wiedereinstellung am Montag zu den neuen Bedingungen erfolgen soll. Was bedeutet demgegenüber nun ein solcher Lohnraub, der diesen Leuten in diesem Flugblatt aufgeführt wird, sie sollen sich für den alten Lohn auf der Baustelle melden und es ablehnen, Entlassungspapiere zu nehmen? Ist das die revolutionäre Linie, die der RSD. vorgezeichnet ist?

Vom 3. Mai an ist auch das Leipziger Gebiet für das Baugewerbe als Aussperrungsgebiet angehängt.

Lohnraub in der Papiererzeugungsindustrie

Unter der Debit: Die sächsischen Tarifbestimmungen müssen vereinheitlicht, die sächsischen Löhne den außer-sächsischen der gleichen Branche angeglichen werden“ hatte der Arbeitgeberverband die Tarife gekündigt. Für rund 2000 Beschäftigte waren Lohnverschlechterungen von 15 bis 20 Prozent beantragt. Weber in direkten Verhandlungen noch in den tariflichen Zuständen gelang irgendeine Annäherung der beiderseitigen Meinungen.

Der Dresdener Schlichtungsausschuss hat sich an zwei Tagen mit dem Streikfall beschäftigt und einen Schlichterprobe gefällig, der in seiner praktischen Auswirkung Lohnverschlechterungen bringt, die je Stunde für männliche Arbeiter von 3 bis 9 Pf., für weibliche Arbeiter von 1 1/2 bis 4 Pf. und für jugendliche Arbeiter von 1 bis 4 Pf. betragen.

Die durchgeführte Rationalisierung in der Industrie hat eine gewaltige Steigerung der Produktion zur Folge gehabt. Die Einsparung an Arbeitskräften, die in den einzelnen Betrieben dadurch erzielt wurde, ist gesteigert durch den fallenden Lohnabbau, die Reduzierung oder Beseitigung der Prämien und Akkordverdienste und der besonderen Zuschläge.

Trotz den Bestimmungen der Rotberaubung vom 8. Dezember 1931 hat man in einzelnen Betrieben, in denen Wohnungen vorhanden sind, eine Senkung der Mieten nicht vorgenommen.

Anstatt alles daranzusetzen, die bereits stark eingeschränkte

Kaufkraft der in der Papiererzeugungsindustrie Beschäftigten zu erhalten, wenn möglich zu steigern, um auf diesem Wege den Binnenmarkt zu fördern, steht der Schlichtungsausschuss Dresden die Kaufkraft weiter wesentlich herab.

Daß für ein solches Vorgehen in der Arbeiterkassette jedes Verständnis fehlt und eine einmütige Ablehnung erfolgen mußte, ist nur zu begreiflich.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vom 7. Freiheit Sachsen.

Lohnkonflikt im Malergewerbe

Der Streit der Unternehmer noch immer weitergehendem Lohnabbau findet bei den sächsischen Malermeistern die fanalischste Unterbrechung. Da können an wirtschaftlicher Hinsicht oder auch alles selbst glauben sie für die fatalistische Arbeitlosigkeit im Malergewerbe nur die Gehilfenlöhne veranzulassen machen zu müssen. Schon seit zwei Jahren streiten sie nach Lohnabbau, und die Diktate, für die Gehilfenlöhne sehr lächerliche Vorkontung von 17 1/2 Prozent ist ihnen viel wichtiger. Da am 30. April der Lohnvertrag abläuft, wollen sie den Gehilfen einen Lohn diktieren, der alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt. Die zentralen Verhandlungen in Berlin haben sie zum Scheitern gebracht, und sie hoffen, daß in dem tariflichen Saal bis zur Entscheidung des arbeitslosen Schlichtungsausschusses an den Gehilfenlöhnen Maßlos zu halten.

Für Dresden hat man in der Zwischenzeit beschlossen, vom 1. Mai an einen Stundenlohn von 80 Pfennig zu zahlen, alle den bisherigen Lohn um 22 Pfennig die Stunde zu senken. In den kleineren Orten Ostdeutschlands will man von 50 Pfennig aussteuern je nach Lage der Sache dieselbe Vorkontung diktieren.

Die besonders große Notlage des Malergewerbes rührt nicht nur von der allgemeinen Wirtschaftskrise her, sondern auch von der Einseitigkeit der Malermeister selbst. In den wenigen guten Jahren (trotz der jeder Malermeister darat mit billigen Verkäufen) wollen sie dadurch eine Überhebung an Arbeitskräften erkaufen, die übergrößen kann. Obwohl heute ein strenger Mangel an Malern herrscht, halten sie sich nicht an die Schlichtung, sondern wollen sich für 800 Maler erkaufen. Sobald sie auslernen, verlieren sie weit mehr die geringe Rendite an Arbeit diktieren. Gegenwärtig sind 90 Prozent aller Gehilfen ohne Beschäftigung.

Aber selbst bei guten Zeiten kann das überfüllte Malergewerbe nicht voll beschäftigt werden. Die vielen Arbeitskräfte werden sich natürlich verschlingern, indem sie sich einen Gewerkschaften lösen und für sich anfragen. Dadurch entsteht eine ungesunde Konkurrenz unter den Malermeistern, die sich in mahliger Verdrößerung auswirkt. Die oft erleben wir, daß billige Arbeiter nur ausgeführt werden konnten. Indem die Malermeister ihre Preise zu senken und die Arbeiter nicht an die Löhne zu senken zu dürfen. Die wenigen vernünftigen Maler wurden niedergedrückt, denn in den Anträgen bilden die zahllosen kleinen Gehilfen, die nie oder nur wenig einen Gehilfen Gehilfen, die erwerbende Mehrheit. Für diese Jahrgänge macht man jetzt den Gehilfenlohn veranzulassen und will die Verbesserung des Berufes durch möglichsten Lohnraub erreichen, obwohl die Löhne der Rot ganz anders liegen.

Dabei kann der Lohnraub mit dem der Industriearbeiter nicht auf eine Stufe gestellt werden. Denn Malergehilfen verlangt man gute Kleidung, vollständige Selbstständigkeit, da die Arbeitstellen wechseln.

Gewitter über Jerusalem

Juden und Araber - Mord und Nachmord

D. Haifa, Ende April. (Eig. Bericht.) Die Flammen des Fanatismus, die zu den Augustunruhen des Jahres 1929 in Palästina führten, sind noch nicht ganz verlöschen. Es ist weiterhin ein Wirbeln in den Beziehungen zwischen Juden und Arabern. Allerdings: Spannung und Kampflust haben ihr Recht in den oberen Schichten dieser Nationen gebaut, denn dort ist ihr wichtigster Nährboden. Das Volk hingegen kümmert sich herzlich wenig um die „höhere“ Politik und fährt fort, ökonomische und private Beziehungen untereinander anzuknüpfen. Und können nicht von Zeit zu Zeit die Befehle „von oben“ — die Atmosphären wäre ein vieles reiner und erträglicher. Es ist, als hätte man an europäischen Wettspielen gerade das Hebelste gelernt...

Diese Kampfpause zwischen Kampf und Frieden, in der übrigens so manches Positive geschaffen worden ist, währte bis kurz vor Ostern dieses Jahres. Die für Ostern von den Juden einberufene „Waffenruhe“ — die olympischen Wettspiele der jüdischen Sportorganisationen — und die ebenfalls von Juden organisierte Levante-Wesfe in Tel Aviv lockten viele tausende Touristen, Sportler und Interessenten ins Land. Jugend aus der ganzen Welt strömte herbei, und das Ganze trug das Gepräge einer mächtigen, imposanten Demonstration. Zwar haben der Muffi (der oberste geistliche Würdenträger der Araber Palästinas) und die anderen Führer die Beteiligung der arabischen Jugend an diesen Sportfesten verboten, dennoch nahmen sowohl Ägypter und Ägypter als auch palästinensische Araber an ihnen teil.

Aber kurz vor der Eröffnung dieser Sportspiele hatte sich das Schicksal wie Gewitterwolken über dem schmerzreichen Land zusammen. Eines Tages wurde nämlich in Jerusalem die Leiche eines jüdischen Touristen aus Amerika gefunden; Anzeichen eines blutigen Mordes waren erkennbar. Der Leichnam war mit dem Gesicht zur Erde gefehert, der Daiz war bis zur Hälfte durchgeschnitten, und in der Nähe des blutüberströmten Tatortes wurde ein altes, stumpfes Messer gefunden. Die Nachricht von diesem blutigen Mord verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch das Land, und man sah in ihr nicht mit Unrecht die Vorboten eines blutigen Kampfes zwischen Juden und Arabern. Die unter englischer Leitung stehende Polizei tat nicht viel, um die Gemüter zu beruhigen. Dem Verlangen verschiedener Organisationen, einen im Lande berühmten Sachverständigen für Beobachtungen zur Klärung der Tat mit heranzuziehen, wurde nicht stattgegeben. Nur plätschte die zweite Bombe: Kurz nach der Entdeckung des jüdischen Opfers fand man fast an der gleichen Stelle und fast in der gleichen Lage einen ermordeten Araber. Auch er lag auf dem Gesicht, auch er schmerzte in einer Wulst, auch ihm war die Kehle durchgeschnitten. Es könen kein Zweifel mehr möglich:

Daß es Mord und sonstige Auslagen zu tragen, und das Knüttelgebeude: Sein Jahresverdienst liegt ebenfalls unter dem anderen Gewerksgruppen, weil er regelmäßig längere Zeit erwerbslos ist. Schon der beschriebene Mord ist keinesfalls geeignet, auch nur die primitivsten Lebensbedürfnisse zu decken.

Die Unternehmer sollen ja nicht glauben, daß die Gehilfenlöhne eine bezerrigte Vorkontung so ruhig hinnehmen, nur weil sie jetzt erwerblich erwerbslos ist. Auch der Diktator wird erkennen, daß er sich gegen einen solchen Lohnraub wehren muß.

Eine Mitgliederparlamentarier der organisierten Gehilfen nahm nach Kenntnisnahme der geführten Verhandlungen einstimmig eine Entschließung an, worin sie sich für den Kampf gegen die Unternehmern Maßnahmen protestiert und von allen Berufsgruppen erwartet, daß sie es ablehnen, ihre Arbeitkraft unter dem heute geltenden Lohn fälschlich zum Ausbieten. Von den erwerblichen Kollegen erwarten wir noch größere Not Solidarität.

Heberell, wo man den Gehilfen summiert, daß Lohnlöhne von 22 Prozent Lohnsenkung mitzumachen, lehne man dies ab und werde sich sofort an die Gewerkschaft. Daß die Solidarität!

Verband der Maler im. Filiale Dresden.

Kommunisten verlieren 50 Prozent!

Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet

P. Im Ruhrgebiet geht es mit den Kommunisten bergab. Sie haben bei den bisherigen Betriebsratswahlen nahezu 50 Prozent ihrer vorjährigen Stimmen verloren. Ihr Stimmenrückgang ist in allen Bezirken zu beobachten. Es handelt sich also nicht um lokale Zufallserscheinungen. Im Bezirk Hamm sind die Verluste der RSD. die gleichen wie im Bezirk Moers und Castrop. Eine Betriebsratswahl auf der Heide „Heinrich“ im Bezirk Altenessen, die dieser Tage stattfand, brachte dem Arbeitgeberverband einen Stimmenverlust von 26 Prozent, den Gehilfen einen solchen von 27,9 Prozent, der RSD. aber eine Einbuße von 48,6 Prozent. Die Gewelben erhielten 39 Stimmen (Verlust 23 Prozent) und die Nazis 68 Stimmen. Der Belegkasas a b b a u gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 10 Prozent. Während also die gewerkschaftlichen Verluste im allgemeinen nur schwach sind, erlitt die RSD. einen schweren Schlag.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

4. Bezirk, Donnerstag, den 5. Mai (Himmelfahrt) Radtour nach Wurtzburg. Trefften früh 7 Uhr, Volkshaus Dresden-Orl.

Ein origineller Gruß zum Muttertag

wäre eine Karte in Telegramm-Form oder eine Karte mit selbige wählter Aufschrift aus Ihrem Konsumcenter Wurtzburg. Bestellen Sie bitte in den Verteilungsstellen.

10 100

Wir eröffnen am Mittwoch, den 4. Mai unsere neue Zweigniederlassung.

9.75

Mercedes

SCHUHE

12.50

werden in Dresden nur noch

SEESTRASSE 4

verkauft.

14.50

Beachten Sie die große Auswahl unserer Modelle in den Hauptpreislagen

MERCEDES SCHUHGESELLSCHAFT N.B.H.



